

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 36 (1902)

212 (10.9.1902)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-662328](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-662328)

Die „Nachrichten“ erscheinen täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abnehmer können sich bei den Postämtern oder bei den Verlegern in Oldenburg in der Expedition, Peterstraße 6, Fernsprechanschluss Nr. 46, anmelden.

Nachrichten

Interessante Artikel über die Verbreitung und Kosten der Zeitungs- und Druckerei in Oldenburg von Seite 15. 4. Sonntag 20. 4.

Interessante Artikel über die Verbreitung und Kosten der Zeitungs- und Druckerei in Oldenburg von Seite 15. 4. Sonntag 20. 4.

für Stadt und Land.

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Nr. 212.

Oldenburg, Mittwoch, den 10. September 1902.

XXXVI. Jahrgang

Hierzu zwei Beilagen.

Oldenburgische Steuerreformen.

Oldenburg, 10. Sept.

(Schluß.)

Für einen Volksfreund ist der erste Wunsch, in Bezug auf die Einkommensteuer die untersten Stufen, wenigstens die erste und zweite — hinsichtlich der dritten kann man schon verschiedener Meinung sein — ganz fallen zu lassen. Dafür spricht nicht nur die Erwägung, daß es den kleinen Leuten, welche zu diesen Stufen angelegt sind, oft schwer fällt, die zwar kleine, aber zu bestimmten Terminen bei Vermeidung der Zwangsversteigerung baar zu entrichtenden Beträge aufzubringen und die unüberwindliche Thatsache, daß gerade diese Klassen der Bevölkerung durch die indirekte Steuer verhältnismäßig viel stärker in Anspruch genommen werden als ihrer Leistungsfähigkeit entspricht, sondern auch die praktische Rücksicht, daß das mit der Einkünftesteuer zu diesen Stufen verbundene Geschäft und die leider manchmal notwendige Verdrängung, einen unwirtschaftlichen Aufwand erfordert, dem der finanzielle Erfolg nicht entspricht. Mit Recht kann dagegen eingewandt werden, daß die politischen Rechte des Wahlrechts zum Reichstag, in den Landtag und in die kommunalen Vertretungen — mehr als Grundlage denn als Äquivalent — die Leistung unmittelbarer Abgaben erfordern — aus diesem höheren Gesichtspunkt soll hier die Frage nicht erörtert werden, da solche Untersuchung zu weit in das staatspolitische Gebiet abführen würde.

Augenblicklich ist der Stand der Finanzen unseres Landes und der Blick in die nächste Zukunft ein so ungünstiger, daß Reformen in dieser Richtung trotz der Geringfügigkeit des Ausfalls schwerlich die Zustimmung der maßgebenden Kreise finden werden.

Für Jeden, der die öffentlichen Angelegenheiten mit einigem Interesse und Verständnis verfolgt, ist es eine nicht in Abrede zu stellende Thatsache, daß die Reichsfinanzen und die dadurch wesentlich bestimmten Finanzen der Einzelstaaten sich in einer Lage befinden, welche jeden Verzicht auf vorhandene Einnahmequellen verbietet, so lange nicht ein annehmbarer Ersatz, oder lieber gar eine durchführbare Mehreinnahme gesichert ist.

Wiewohl hält mit bewundernswürdiger Konsequenz eine Bewegung stand, welche auf eine Vereinerung hinabwirkt, die notwendiger Weise die stärkere Verengung anderer Steuerkräfte zur Folge haben würde. Dieses Bestreben, welches im Endziel nichts weniger als die Abschaffung der Grundsteuer im Auge hat, weiß sich sogar in das Gewand einer finanzpolitischen, theoretischen, um nicht zu sagen wissenschaftlichen Berechnung zu kleiden. Die für einen Laien auf den ersten Blick bestehende Begründung, welche im Tagesgespräch immer wieder geltend gemacht wird, beruht, kurz ausgedrückt, auf der Schlussfolgerung: Durch die Einkommensteuer wird das sämtliche Einkommen des Steuerzahlers herangezogen, folglich liegt in der Grund- und Gebäudesteuer eine Doppelbesteuerung des Einkommens, welches aus dieser Quelle stammt.

Schon die vorstehenden geschichtlichen Hinweise auf die Entwicklung unseres Steuerwesens und dessen Wirkungen beweisen die Einseitigkeit und Unrichtigkeit dieser Beweisführung, doch mögen noch zwei schlagende Gründe dagegen angeführt werden.

Ehrliche Vertreter der gekennzeichneten Steuerpolitik, welche unbedingt eine agrarische genannt werden darf, — ohne daß in diesem Ausdruck irgend eine Verurteilung oder auch nur eine Kritik der gemeinnützig, vorzugsweise von den Gegnern derselben, unter diesem Stichwort, verhandelten Richtung enthalten sein sollte, — pflegen auf den nächstliegenden Einwand, „die Abschaffung der Grundsteuer sei nichts anderes als ein Geschenk an die gegenwärtigen Besitzer“, zu erwidern, dieser Einwand liege aber auch der einzig berechtigte. Wenn derselbe wirklich der einzige annehmbare Gegengrund wäre, so ist er so durchschlagend, daß es zur Widerlegung des geltend gemachten Anspruchs anderer Gründe nicht bedürfte. Der gegenwärtige Besitzer (dieses Wort wird nicht in dem privatrechtlichen, sondern im wirtschaftlichen Sinne gebraucht), mag er den Grund und Boden von seinen Vorfahren ererbt oder mit Geld erworben haben, hat denselben mit der Belastung übernommen, welche in der Grundsteuer ihren Ausdruck findet. Ist etwa eine Grunderbschaft von dem Vater auf den Sohn übergegangen, so war der Nachfolger

eben so viel minder wert als sich aus der darauf ruhenden Steuerlast ergibt; hat der Grunderbe seine Geschwister abgefunden, so betrug die Abfindung des Stellenwertes, nach welchem die Anteile der Witerben berechnet wurden, um den kapitalisierten Betrag der Steuer weniger als wenn der von denselben frei gewesen wäre. Ist der gegenwärtige Besitzer Käufer oder Erwerber aus einem sonstigen anderen Titel, so hat er so viel weniger für Grund und Boden gegeben, als der darauf basierenden Abgabe gleichkommt. Vom ökonomischen Gesichtspunkt betrachtet ist es ganz gleichgültig, ob die Belastung auf einem Grunde ruht, der dem öffentlichen Rechte oder dem privaten Rechte angehört — für Veranschlagung oder Wertminderung des Wertes ist es einerlei, ob die Leistung den Charakter einer Servitut, eines Zehnten, eines Kanons hat oder den einer staatlichen Abgabe.

Ein Pendant zu dem ersten, selbst von der Gegenseite anerkannten Einwand ist der zweite, daß die angebliche Doppelbesteuerung des Einkommens aus dem Grundebezug bei uns zu Lande garnicht existiert, weil nach unserem System das Einkommen aus Grund und Boden garnicht direkt besteuert wird. Dieser Satz mag zunächst auffallen, er ist aber richtig und un schwer zu beweisen.

Angenommen, zwei Nachbarn haben einen Grundbesitz in gleicher Größe, derselbe ist ordnungsmäßig zu derselben Klasse des Reinertrages eingestuft. Der eine erzielt durch intensive Bewirtschaftung, Arbeit und Kunstfertigkeiten einen hohen Ertrag, der andere läßt das Land ungenutzt liegen; nicht nur für die Grundsteuer, sondern auch für die Einkommensteuer ist diese Verschiedenheit ohne Einfluß, denn auch die letztere legt nicht den wirklichen Ertrag zu Grunde, sondern ein fingiertes (theoretisches) Einkommen, welches sich nach einem Mehrfachen des geschätzten Katastralertrages bestimmt. Die Höhe dieses Ansatzes ist nach Landesstellen verschieden und verleiht einigen Ausgleich in der Verschiedenheit der ursprünglichen Einschätzung zum Kataster zu bringen. Mit größerem Recht könnte man daher von einem Zuschlag zur Grundsteuer reden — daß ein solcher aber in unserem gesamten Steuerwesen in vollstem Maße angelegt wäre, geht aus der geschichtlichen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Betrachtung, die vorstehend Platz gefunden haben, unüberleglich hervor. Kein Einkommen ist so sehr versteckt, zur Steuer herangezogen zu werden als dasjenige, welches aus Immobilienbesitz fließt, allenfalls wären die Zinsen aus hypothekariet gesicherten Forderungen an Steuerkraft der Bodenrente selbst gleich zu stellen — die stärkere Heranziehung solchen Einkommens im Verhältnis zu demjenigen, welches aus anderen Quellen, namentlich aus persönlicher Erwerbstätigkeit, stammt, würde aber nach allgemein anerkannten Grundsätzen der Lastenübertragung auf den verschuldeten Grundbesitz abgewandt werden, also die ungünstiger finanzierten Landwirte in vollem Maße treffen, die wohlhabenderen frei lassen.

Augenblicklich ist angesichts der allgemeinen Finanzlage überhaupt kein geeigneter Zeitpunkt, zur Abschaffung bestehender Steuern zu sinnen — wäre er vorhanden, so wäre in unserem Lande die Vereinfachung der Grundsteuer die letzte Maßregel, welche auf Berücksichtigung Anspruch hätte. Was von der Aufhebung der Grundsteuer, worin im Sinne dieser Ausführungen die Gebäudesteuer mitbetroffen sein soll, gilt, findet im Verhältnis gleiche Anwendung auf die Idee einer Ermäßigung dieser Abgabe oder deren Verwendung, soweit sie jetzt in die Staatskasse fließt, zur Erleichterung der Kommunalsteuer.

Sollte der in diesem Verste die für drei Jahre neu zusammenstehende Landtag, wie zu erwarten steht, mit dieser oder verwandter Frage befaßt werden, so mögen die gemeinverständlichen Ausführungen dieses Artikels dazu beitragen, in Stadt und Land Interesse und Verständnis auf einem Gebiete zu verbreiten, auf dem bislang noch viel Unklarheit vorhanden ist.

Zu den Kaisermandövern.

Eines der interessantesten Momente der Kaisermandöver, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichten, wird ohne Frage das Zusammenreffen der beiderseitigen Kavalleriemassen sein. Die Reiterei ist die Lieblingswaffe des Kaisers, und es darf angenommen werden, daß der Kaiser auch diesmal in die militärischen Operationen eingreift und die Führung einer Kavalleriedivision in einem vielleicht kritischen Augenblick übernimmt. Ähnliches ereignete sich vor einigen Jahren, ihren wir nicht, bei den Mandövern in Schlesien. Damals führte der oberste Kriegsherr in schneidiger Attache seine gesamte Kavallerie gegen den Feind.

Die Mandöverentschiedung damals, daß der Moment für

diese Attache gegeben war. In militärischen Nachrichten wurde auf die vorbereitende Wirkung des Artilleriefeuers hingewiesen, in dessen Bereich die Reiterei angeblich sich befinden hätte. Solche Meinungsverschiedenheiten kommen natürlich bei jedem Mandöver vor, schon deshalb, weil es sehr schwierig ist, nachher in jede Eventualität berücksichtigendes Urteil zu fällen über Operationen, die inmitten des sich fortwährend verändernden Gesichtsbildes von den einzelnen Führern angeordnet wurden. Daß die Massenverwendung von Kavallerie unter gewissen Bedingungen auch heute noch zweckmäßig ist, wird von keiner militärischen Autorität bestritten.

Man darf begierig sein, wie der als Gast des Kaisers im Mandöverfeld weilende englische Generalleutnant French, bekannt als Reiterführer im südafrikanischen Kriege, die kavalleristischen Evolutionen der beiden preussischen Armeekorps beurteilen wird. Vielleicht entbietet das „geübte“ Auge Sir Frenchs Mängel auch an den preussischen Reitern. Ruge, dem es immer noch der britische Höchstkommandierende Lord Roberts da. Die „Methode“ scheint mit sich zu bringen, daß er allerdings Lob zu spenden hat, damit die kritischen Äußerungen der anderen englischen Herren ausgenutzt werden. Nach dem Berliner Korrespondenten des „Daily Telegraph“ soll Hamilton nur „in sehr referierter Weise“ sich geäußert haben, ohne ein Urteil über die Parade abzugeben. Das ist wohl die übliche Abschwächung des Interviews, wenn der Ausfragte nachträglich die unbehagliche Empfindung hat, sich verplündert zu haben. Auch Lord Roberts will mit niemand gesprochen haben. Die Berichterstatter, die eine ganze Reihe von Äußerungen des Lords über Südafrika notierten, sahen also vor und in dem Hotel de Rome in Berlin am besten Lage einen — Geist, täuschend ähnlich der kriegerischen Gestalt des edlen Lords. . . .

Auf dem Umwege über London erfährt man von hohen Ordensauszeichnungen, die der Kaiser den englischen Mandövergästen verliehen hat. Trotz dieser Aufmerksamkeiten kann es sich ein Teil der Londoner Presse nicht verlagern, das schneidige Vorgehen des deutschen Kanonenbootes „Panther“ hämisch zu glossieren. Ein dem großen Aufwand von Empfinden, schreibt z. B. „Standard“, habe Deutschland etwas Alltägliches gethan. Und die modernen „Times“ lassen sich ein Telegramm aus New York schicken, daß die Vernichtung des haitianischen Insurgentenschiffes eine Schmälerung des amerikanischen Ansehens und eine wesentliche Erhöhung des deutschen Ansehens mit sich bringen werde. Augenblicklich ist diese Gegenüberstellung darauf berechnet, die Eifersucht der Amerikaner anzuregen. Nur wird diesmal der Rabe Nihil umsonst sein, denn die führenden amerikanischen Zeitungen erklären übereinstimmend, Deutschland habe niemandes Interessen verletzt, und den Präfekten sei nur Recht geschehen. Ueberdies ist die Regierung der Vereinigten Staaten von dem beabsichtigten Schritt vorher verständigt worden. Es ist bezeichnend, daß immer wieder von London aus der Versuch unternommen wird, die deutsche Politik als isoliert zu verdammen. Und es ist nur töricht, daß dieselben englischen Organe, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit solche Kräfte und Pflöge gegen Deutschland anzuwenden, sich über den „unfreundlichen Ton“ der deutschen Presse beklagen und die eigene Friedfertigkeit in bengalische Beleuchtung rufen.

Rudolf Birchows Beilegung.

Berlin, 10. Sept.

Trauerfeier im Rathaus.

Mit großen Ehren bereitet heute die Stadt Berlin ihrem Ehrenbürger Rudolf Birchow eine Trauerfeier im Festsaal des Rathauses. Magistratsdiener mit Storchhüllen und Stäben bildeten die große Treitreppe hinauf Spalier. Die Treppe sowie alle Räume waren prächtig mit Lorbeer und Palmen geschmückt. Im Bibliotheksalle und in den anstehenden Räumen türmten sich die Kränze, auf deren Schleißen wissenschaftliche Institute, Vereine und Korporationen aus der ganzen Welt als Spender zu lesen waren. Der Festsaal selbst zeigte reiches Trauergerüst. Von den Balkons und den Fensterbänken wählten lange, schwarze Beizehen herab, die mächtigen Kronleuchter leuchteten gedämpft. An der dem Eingange gegenüberliegenden Schmalseite war der Sarg aufgeschraubt vor einem Arrangement von Palmen und Lorbeer, das fast die ganze Wand bedeckte. Zwischen dem Sarge und diesem Schmuck stand ein Kruzifix, vor dem die Rednertribüne errichtet war. Der Sarg zeigte nur wenige Kränze; rechts und links vom Sarge schimmerten Kerzen, die auf schwarzen Ständern in silbernen Leuchten standen. Das Banner Berlins von 1709 auf einer Seite, das Storchhülle Bild Birchows auf der anderen Seite bildeten den Abschluß der Trauerdekoration. Gegen 11 Uhr begann sich der Saal zu füllen. Man sah neben Gelehrten und Ämtern Stadtratsordnete und Magistrat mit ihren goldenen Amtseketten, auch verschiedene Parlamentarier. Als Vertreter des Reichstages war der Chef der Reichstagskanzlei, Geheimrat Conrad, erschienen. Man bemerkte ferner den Finanzminister v. Rheinbaben, Kultusminister Studt, Staatssekretär v. Richterhofen, den Oberpräsidenten Bethmann-Hollweg und als Vertreter des Polizeipräsidenten den Oberregierungsrat Steinmeier. Ferner waren anwesend Mommsen, v. Bergmann, v. Lepow und andere

Berechtigungen der ärztlichen Wissenschaften. Als alle Trauergäste versammelt waren und die feierlichen Abordnungen in vollem Glanz mit ihren Bannern im Hintergrunde des Saales sich im Halbkreis aufgestellt hatten, erhob sich die Familie des Verstorbenen im Saale. Der Domchor stimmte ein Lied an, worauf der Geistliche Rimes die Gedächtnisrede hielt und Gebet und Segen sprach. Ihm folgte der Anatom Prof. Waldeyer, der Bischof aus den Händen der Wissenschaft, der Abgeordnete Albert Träger, der den Verstorbenen als Mensch und Politiker pries. Der Bischof machte Oberbürgermeister Kirschner, der Bischof's Verdienste um die Stadt Berlin feierte. Ahermaliger Gesang des Domchors schloß die stimmungsvolle Feier. Dann trugen Magistratsdiener den Sarg hinaus und die große Freitreppe herunter vor das Hauptportal des Rathhauses in der Königstraße, wo sich der Trauergang formierte.

Der Zug durch die Stadt. Dem Zuge voran schritt ein Musikkorps, dann folgte ein Magistratsdiener mit einem Kissen, worauf die Orden Rimes lagen. Hinter dem Sarg schritt die Trauergesolge einher, in der ersten Reihe Oberbürgermeister Kirschner mit dem Kultusminister und dem Stadtratsordnungsverwalter Sangerhans. Es folgten der Magistrat, Stadtratsordnete, Abordnungen, eine unendliche Zahl von Wagen und die feierlichen Abordnungen mit ihren Bannern in der Stadt nach dem Friedhof der Matthäus-Gemeinde in der Großgörschenstraße. Die Straßen waren von einer dichtgedrängten Menge belegt, die in würdiger Haltung das Rahen des Trauerguges erwartete.

Auf dem Friedhof. Der fast eine halbe Stunde lange Trauergang langte am Friedhof gegen 3 Uhr an. An der Gruft sprach der Geistliche einige kurze Worte und segnete die Erde ein. Sodann wurden Rimes's sterbliche Reste der Erde übergeben. Dampf rollten die Schollen auf den Sarg hinab, über welchem sich bald ein Hügel wölbte.

Weileid des Grafen Ballistrer. Der Präsident des Reichstages hat aus Anlaß des Ablebens Rimes's an Frau Geh. Rat Bischoff folgendes Telegramm geschickt:

„Das deutsche Vaterland hat durch das Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls einen seiner größten Gelehrten und Forscher verloren. Mit Ihnen, gnädige Frau, und den übrigen Hinterbliebenen betrauen die Vertreter des deutschen Volkes diesen unerlöschlichen Verlust. Im Namen des deutschen Reichstages, dem der verahiinte Verstorbenen eine Anzahl Jahre als Mitglied angehört hat, und in meinem eigenen Namen spreche ich Ihnen hiermit die tiefgefühlteste Teilnahme aus.“

Der Markomania-Wissenschaft.

Wir erhalten soeben folgendes Telegramm:

HTB. Washington, 10. Sept. Die amerikanische Gesandtschaft in Haiti berichtet telegraphisch, daß während der Vernichtung des Kanonenbootes „Grete à Pierrot“ durch das Kanonenboot „Panthor“ 2 Offiziere sowie der Admiral Rikid ertrunken sind.

Da in dem amtlichen deutschen Bericht über die Vernichtung des „Grete à Pierrot“ hierüber keine Mitteilung enthalten war, wird die Verhütung abzuwarten sein. Admiral Rikid befand sich allerdings bei den Rebellen an Bord, es ließ aber, die Befragung habe sich gerichtet. Immerhin wäre eine Aufklärung zu wünschen.

Zu eventuellen Entschädigungsansprüchen an Haiti wegen Vernichtung der „Markomania“ schreibt die „Rein. Ztg.“: In einigen Zeitungen ist die Rede davon, daß wir nach der Zerstörung der „Grete à Pierrot“ noch Entschädigungsansprüche gegen Haiti geltend zu machen haben würden, besonders wegen der weggenommenen Munition und Waffen. Eine Entschädigung für diese dürfte aber kaum in Betracht kommen, da die „Markomania“ die der regulären haitianischen Regierung gehörigen Waffen lediglich von einem Hafen der Insel nach dem andern transportiert hat. Eigentümer blieb somit die haitianische Regierung, die sich wegen der Wegnahme mit den Rebellen auseinanderzusetzen kann. Der „Markomania“ ist, abgesehen von dem völlerkeitswidrigen Verfahren, das seine Schiffe gefunden hat, keine andere Schädigung zugefügt worden, als ein kleiner Zeitverlust und die dadurch bedingten unerheblichen Ausgaben. Von nennenswerten Entschädigungsansprüchen dürfte somit nicht die Rede sein, und die Genugthuung für völlerkeitswidriges Verhalten — die haben wir uns selbst genommen.

Politischer Tagesbericht.

Deutsches Reich.

Der Kaiser und der Kronprinz begaben sich Montag früh 4 Uhr nach Sonnenburg zu den Manövern. Nachmittags traf der Kaiser mit einem Schimmelwägen aus dem Manövergelände in Sonnenburg ein. Der Kronprinz kam mit einem Automobil.

Das Programm der Kaiserreise für den Besuch der großen Flottenmanöver zwischen Helgoland und der Elbe ist geändert worden. Der Kaiser trifft, wie bereits aus Wilhelmshaven mitgeteilt wurde, am Sonntag, 14. September, in Wilhelmshaven ein und fährt von dort aus mit der „Hohenzollern“ nach Helgoland ab. Die Kaiserpaar „Hohenzollern“ und das Begleitgeschiff „Sleipner“ erhielten Befehl, den Riel der Hafen Freitag früh zu verlassen und die Reise nach Wilhelmshaven anzutreten.

Der Großherzog Friedrich von Baden feierte gestern seinen 76. Geburtstag.

Der Reichstagsrat hat den Oberbürgermeister von Posen, Witting, zu einer Konferenz nach Nordern geladen. Bekanntlich hat der Kaiser gelegentlich seiner Anwesenheit in Posen den Oberbürgermeister Witting mehrmals besonders ausgezeichnet, und Witting zu bewegen gesucht, seinen Posten als Oberbürgermeister von Posen nicht zu verlassen. In positiver maßgebender Kreise glaubt man in der Einladung zu der Konferenz mit dem Reichstagsrat die Fortsetzung der kaiserlichen Absichten zu erblicken.

Das „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht eine Kabinettsordre, betr. Abänderung der Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere im preussischen Heere, wonach die den Ehrengerichten unterworfenen Sanitätsoffiziere der Armee, Marine und der Schutzgruppen im ehrengerichtlichen Verfahren gegen einen Offizier als Zeuge nicht zu vereidigen sind, sondern die

Wichtigkeit ihrer Aussagen auf Ehre und Pflicht zu versichern haben.

Der Korrespondent des „Daily Tel.“ teilt aus Berlin mit: Der Kaiser verließ den Kriegsminister Brodick das Großkreuz des roten Adlerordens. Dem General Kelly Kennn wurde vom Kaiser der rote Adlerorden erster Klasse verliehen, dem General Hamilton der Kronenorden erster Klasse, dem Obersten Slater der rote Adlerorden zweiter Klasse, und dem Leutnant Marjoribanks der rote Adlerorden vierter Klasse. Lord Roberts schon den schwarzen Adlerorden beisteht, machte ihm der Kaiser ein Präst als Andenken an den Befehl.

Ueber die Haltung der deutschen Truppen bei der Parade in Frankfurt a. O. sind dem englischen General Jan Hamilton Äußerungen in den Mund gelegt worden. Der „Post“ werden diese Äußerungen als erkundet bezeichnet. General Hamilton ist wohl von einem Ausrufer belästigt worden, hat aber bloß einige allgemeine lobende Bemerkungen über die deutsche Parade gemacht. Lord Roberts hat niemand gesprochen.

Ueber das Verhalten der russischen Offiziere während der polen Kaiserparade sind in den letzten Tagen Nachrichten veröffentlicht, welche in der „Nordd. Allg. Ztg.“ als böswilligen Klatsch bezeichnet werden. Die „Ztg. Rundschau“ hat diese Nachrichten in einer Fußnote abgedruckt, ist aber bei der Behauptung geblieben, die russischen Gäste hätten nach Möglichkeit einen Aktion in der polen Festtage gebracht. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ nimmt demgegenüber den russischen General Tschertkow und seine Begleiter dagegen in Schutz, daß sie „in einem deutschen Stadt lediglich auf Grund von durchaus wahrheitswidrigen Zuträgereien verunglimpft worden sind.“

Die allgemeine Kriegslage der diesjährigen Kaisermanöver lautet: Ein rotes Armeekorps ist über die Weichsel in der Richtung auf Rogasen, ein anderes vom Süden durch Schlesien in der Richtung auf Sagan vorgegangen; ein blaues Armeekorps wird bei Frankfurt a. O. versammelt.

Die Berliner Zentrale für Viehverwertung teilt der „Z. Tagesztg.“ mit: „Auf eine Anfrage bei unseren Genossenschaften sind uns über 3000 Rastschweine und über 1000 Stück Rindvieh, sofort greifbar, angeboten. Wir sind bereit, jedem ernstlichen Käufer die Angebotsliste sofort zu übersenden. Wir bitten alle Viehmäher, uns mitzuteilen, wo reifes Rindvieh steht, um unsere Angebotsliste, welche wir den Schlachtern gratis zur Verfügung stellen, fortgesetzt ergänzen zu können.“ — Das Vieh dürfte bald Abnehmer finden.

Auch für die Durchfuhr von Fleisch sind die Grenzen gesperrt. Nach einer Verfügung des Finanzministers waren Zweifel darüber entstanden, ob das im Jahre 1896 im veterinärärztlichen Interesse erlassene Verbot der Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Ausland sich auf die Durchfuhr erstreckt oder nicht. Da als Grundang zu annehmen ist, daß alle veterinärärztlich erlassenen Einfuhrverbote freis auch auf die Durchfuhr anzuwenden sind, hat der Finanzminister nach der „Berl. Kor.“ die Zollstellen dahin mit Anweisung versehen lassen, daß das Schweinefleisch aus Ausland nach jenem Verbot auch von der Durchfuhr als ausgeschlossen zu erachten ist.

Im Erzgebirge und im sächsischen Voigtland stieg dem „Bor.“ zufolge nach den Ermittlungen der Handels- und Gewerbestellen Plauen der Preis für das Fund Schweinefleisch in Schneeberg von 67,5 auf 80 Pfg., in Eibenrod von 70 auf 80 Pfg., in Wühlroff gar von 65 auf 80 Pfg., in Werba von 68,8 auf 73,1, in Jwidau von 67,5 auf 75, in Crimmitzschau von 70 auf 77,3 in Teisitz von 70 auf 80, in Auerbach von 70 auf 80 Pfg. u. w. Der Preis für ein Fund gedürrten Speck stieg in Plauen von 80 auf 85, in Schneeberg von 75 auf 85, in Jwidau von 76,2 auf 80, in Reichenbach von 70 auf 85, in Aue von 90 auf 95 Pfg., desgleichen in Gartenstein, in Markneukirchen von 85 auf 95 Pfg. u. w. Nach den Ermittlungen der Handels- und Gewerbestellen ist in ihrem Gebiet der Fleischverbrauch von 16.740.030 Kilogramm im Jahre 1900 auf 14.511.577 Kilogr. oder um 2.228.453 Kilogr. gesunken! Während noch 1900 auf den Kopf der Bevölkerung 23,68 Kilogr. Schweinefleisch entfielen, verringerte sich diese Menge 1901 auf 21,13, das ist um 2,54 Kilogramm! Insgesamt weist der Verbrauch an Schweinefleisch eine Verminderung von 10,73 Prozent auf! Außer diesen erschreckenden Ziffern weist die Kammer schließlich noch nach, daß die Zahl der geschlachteten Hunde und Pferde verhältnismäßig stark gestiegen ist.

Auf dem nationalliberalen Parteitag in Eisenach werden die Verhandlungen mit Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden. Die Sozialdemokraten haben bekanntlich für einen Teil ihrer Verhandlungen auch den Ausschluß der Öffentlichkeit eingeführt. Dasselbe wird der Fall sein bei dem diesjährigen Parteitag der Nationalsozialen in Hannover.

Mit der kürzlich von uns erörterten Frage des Universitätsstudiums des Volksschullehrers hat sich der geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Lehrervereins befaßt und kam nach eingehender Beratung zu dem Schluß, seinerseits in erster Reihe diese Frage den Vorständen der Zweigvereine als einen der auszuwählenden Vereinsgegenstände zu empfehlen. Die Frage ist fr. Zt. von Dr. Helmke auf der Chemnitzer Lehrerversammlung angeregt worden.

Ausland.

London, 9. Sept. (Abfahrt der Burenführer). Die Burengenerale Botha, Dewet und Delarey führen 4 Uhr 30 Min. nachmittags im Omnibus von Porters' Hotel nach den Locks ab und wurden von einer großen Menschenmenge feierlich begrüßt. Der Daager Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, daß die Unzuverlässigkeit der Buren mit den Friedensbedingungen sich immer mehr bemerkbar macht. Es sei sicher, daß entgegen dem Rat der Burenführer, eine große Zahl auswandern werde. Außer der Auswanderung nach Madagaskar wird ein neuer Zied nach Angola und dem deutschen Gebiet gemeldet.

Belgien.

Brüssel, 9. Sept. (Ein Dementi). Aus Vallée de Suchon eingegangene Nachrichten erklären die Meldung, der

Ordnungsoffizier des Königs der Belgier, Leutnant Vinje, sei am Fuße der Malabetta von einem Bären getötet worden, für unbegründet.

Amerika.

Washington, 8. Sept. (Goldvorrat im Staatschatz). Im Staatschatz befinden sich gegenwärtig 579.961.944 Dollars Gold, der größte Goldvorrat, der jemals vorhanden war, wenn man vom Bestande des russischen Staatschatzes vor acht Jahren abstieht. Der größte Goldvorrat, den man jemals seit Menschengedenken in einem Staatschatz hatte. Der Bestand nicht sich täglich um 200.000 bis 300.000 Dollars, und für die nächste Zeit ist eine Abnahme nicht zu erwarten.

Aus dem Großherzogtum.

Der Großherzog unter Mitwirkung des ersten Originalbildes ist nun mit genauer Aufsichtnahme gezeichnet. Illustrationen und Berichte über lokale Ereignisse sind der Redaktion nicht willkommen.

Oldenburg, 10. September.

Ernennung. Der Schiffbauingenieur Heinrich Lühring in Dammwarden ist zum Erzhmann des technischen Mitgliedes der Schiffvermessungsbehörde in Brake ernannt.

Das Gemeindevahlrecht der Stadt Oldenburg.

Wie in der geistigen Nummer unseres Blattes bereits mitgeteilt, hat der Stadtmagistrat in dankenswerter Weise das Hauptmaterial der Kommissionsarbeit für die Revision des Statuts I der Stadt Oldenburg in Großkreuzform zum Druck befördert und mit dem Gemeindevahlrecht verbreiten lassen. Es besteht dasselbe aus einem Antrage des Stadtratmitgliedes Ramsauer über die Aenderung der Wahlordnung zum Stadtrat. Nach den bestehenden Vorschriften muß bekanntlich je ein Drittel der Stadtratmitglieder aus den drei Klassen der Beamten, der Kaufleute und der Bürger bestehen, welche weder der einen noch der anderen dieser Kategorien angehören. Schon vor zwei Jahren hat Herr Ramsauer in einem längeren Aufsatz in unserem Blatte bestritten, diese Beschränkung in der Auswahl der Vertreter sollen zu lösen. Als Mitglied der gemeinschaftlichen Kommission des Magistrats und Stadtrats glaubte Herr Ramsauer vorläufig sich damit begnügen zu müssen, daß die Wahl einer Hälfte ganz frei gegeben, die der anderen Hälfte aus das bisherige Klassensystem gebunden bleibe. Der Stadtmagistrat, Herr Wurken, hat in einer außerordentlich interessanten Darstellung der in Deutschland gegenwärtig vorhandenen, mannigfaltigen Wahlordnungen für die Kommunalvertretungen, welcher ein über die Grenzen der vorliegenden Frage hinausgehender, dauernder Wert beigelegt werden muß, sowie in einer auf diesem Boden beruhenden Begründung den ursprünglichen Antrag Ramsauer wieder aufgenommen und befürwortet, daß die Klasseneinteilung aufgehoben werde, womit das Verhältnis mit der Grundbesitz anhängigen Vertreter unter die allgemeine gesetzliche Norm der Gemeindevahlordnung fällt. Herr Ramsauer hat darauf seine praktischen Bedenken gegen die Durchfuhrbarkeit der grundsätzlichen Aenderung ausgeführt und sich dem Vorschlage des Stadtmagistrats angeschlossen. Diese kurze Skizzierung dürfte genügen, um so sorgfältiger Lektüre und Prüfung der Broschüre aus in weiteren Kreisen anzulegen.

Die Kinderbewahranstalt hier, welche täglich von 80 bis 100 Kindern beucht wird, ist vorwiegend auf acht Tage geschlossen worden, da von diesen Kindern kürzlich zwei an Diphtherie erkrankten. Die Räume der Anstalt werden gründlich desinfiziert, ebenso sämtliche in der Anstalt vorhandenen Inventarstücke, damit jeder Ansteckungsgefahr vorgebeugt ist.

Während der Dauer der Herbstmanöver sind die Geschäfte des Garalonitellen vom Generalmajor Hoppenstedt auf den Kommandeur des Bezirks-Kommandos I Oldenburg übergegangen.

Krankenpflege und Gesundheitsdienst im Manövergelände. Obgleich der Gesundheitszustand unserer im Manöver befindlichen Truppen nach bisher gelangten Mitteilungen ein guter ist, so sind doch von der Manöverleitung bezüglich der Krankenpflege und des Gesundheitsdienstes besondere Vorkehrungen getroffen worden. Die der Krankenpflege bedürftigen Kranken werden in erster Linie dem Garalonilazarett in Hannover zugeführt. Wo dies in schwereren Fällen nicht möglich, werden die Kranken in Zivilkrankenhäusern der nächst gelegenen Orte überwiesen und hier in Pflege genommen. Zur Beförderung der Kranken stehen einige für den Krankentransport besonders hierzu eingerichtete Eisenbahn-Güterwagen auf den in der Nähe des Manövergeländes befindlichen Bahnhöfen zur Verfügung der Truppen. Sanitätsmannschaften nehmen unter Leitung der Sanitätsoffiziere den Transport vor. Leichtkranke werden mittels requirierter Wagen zunächst in das neue Quartier geschafft und von hier aus mit der Eisenbahn zum Garalonilazarett in Oldenburg transportiert. Die Krankenpflege und der Gesundheitsdienst wird von den Divisionsärzten der 19. und 20. Division geleitet.

Bezüglich des Bertram-Konjertes (am 17. d. M. Kasino) sei hier eine Kritik aus Brau wiedergegeben, wo der Konjertgeber und seine Gattin kürzlich in einer Aufführung der „Ribelungen-Tetralogie“ gastierten. Es heißt da u. a.: Herr Theodor Bertram sang und spielte die Rolle des Wotan. Wir betonen beide Faktoren seiner Leistung, weil jeder den Reiz eigenartiger Prägung aufwies, und beide sich zu einem vollkommenen Ganzen fügten. Das edle, kraftvolle Organ, die vornehme Singweise, und die großzügige Darstellung verliehen der Gestalt des Wotan den Charakter der Gottheit. Der Herr der „Walfüre“ verlieh Herr Bertram besondere Reize. Alle Vorgänge, die wir früher an seiner Kunst beobachteten, kamen gestern, da ihnen Gelegenheit zu reicher Entfaltung geboten war, noch weit mehr zur Geltung: dieser Wotan war nicht der hilflose Schemen, den unsere landläufige Darstellung gewissermaßen sanktioniert hat, sondern ein Gott voll majestätischer Würde und Machtbewußtsein. Die Scene zwischen ihm und Fricka gestaltete sich nicht zu einer Keiße, als die sie boshafte Schwäger oft bezeichneten, sondern sie war der Ausdruck des Ringens freier Naturkräfte mit Wesen und Moral, des Kampfes eines Ungeheuren mit seinem Gewissen. Das letzte uns Bertram unverkennbar. Infolge Unfähigkeit der Frau Frankel-Claus hatte Frau Bertram-Olden, die Gattin des gästlichen Künstlers, die Rolle der Brünhilde übernommen.

Auch sie ließ einen großen Stil in gefanglicher und schau-
spielerischer Auffassung erkennen und begründete durch
die Gesamtleistung den trefflichen Ruf, den sie in der
Kunstwelt genießt.

Die Einkommensteuerrollen der Stadtgemeinde
Oldenburg liegen noch bis zum 11. d. M. zur unentgeltlichen
Einsicht der Steuerzahler aus. Etwasige Reklamationen müssen
bis 8. Oktober eingereicht werden. Es können die betr.
Steuerrollen auch später eingesehen werden, jedoch ent-
stehen dann für die Einkommensteuerrollen. Also morgen
ist der letzte Tag!

Alte und Klade, die amüsanten Musiker, sind heute
morgen hier im Hotel zum Erbprinz eingetroffen, sobald
also die heutige Vorstellung in der Union stattfinden wird.
Wißt Klade ist vollkommen wieder hergestellt.

Das 4. Stiftungsfest des **Ammerländischen
Vereins**, welches am letzten Sonntag im Restaurant „Zum
Kronprinz“ an der Grünstraße gefeiert wurde, erfreute sich
eines sehr zahlreichen Besuches und verlief unter animierter
Stimmung aller Teilnehmer, was nicht zum geringen Teil
den vom neuen Inhaber des Festlokals, Herrn Witt, ver-
breiteten vorzüglichen Speisen und Getränken zu danken war.
Das gemütliche Lokal erfreut sich immer mehr der Beliebtheit
bei kleineren Vereinen.

Die Zeit der Tanzluste ist wieder herabgekommen.
Eines guten Erfolgs erfreute sich stets die alte Jahre von
dem Tanzlehrer Carl Schröder aus Berne im Restaurant
„Zum Kronprinz“ eingezeichneten Kurse. Auch in diesem
Jahre wird Herr Carl Schröder laut heutigen Inserats in
dem genannten Lokale am 24. d. M. mit einem neuen Kursus
beginnen, und es liegt zu erwarten, daß bei den bekannten
guten Erfolgen wieder eine starke Beteiligung eintritt.

Unter den Volksschülern für Fortbildungsschulen
dürfte für unsere Oldenburger Schulen in erster Linie zu
empfehlen sein: Leipziger Leisebuch für gewerbliche
Fortbildungsschulen. Sonderausgabe für das Groß-
bergschule Oldenburg. Preis elegant gebunden 1.80 M.
Der Oldenburger Teil wird auch allein abgegeben, Preis 50 Pf.
Verlag von Alfred Dahn in Leipzig. Zu beziehen durch jede
Buchhandlung.

n. Mitterlei Unzug wird seit einiger Zeit an der Rurwid-
straße ausgeführt. Während vor etwa 14 Tagen ein kleines
Firnmaßchen von dem Hause Nr. 33 beschunden worden ist,
wurde in der Nacht vom Freitag zum Samstag voriger Woche ein
solches vom Hause Nr. 33 gestohlen. Am Montag wurde vom Hause
Nr. 9 ein Wärmeschild im Werte von 15 M. entwendet,
während man von den Häusern Nr. 6 und 7 die Schilder zu
entfernen versuchte, bei welchem Bemühen dieselben stark
beschädigt wurden. Auch in den benachbarten Straßen soll bald
der Unzug verübt worden sein. Possentlich gelangt es bald,
dem über den Verhörschuldigen das Handwerk zu legen.

Der Marineverein hält Freitag im Kaiserhof, abends
9 Uhr, seine Monatsversammlung ab. Die Tagesordnung
lautet auf Weihnachtsfeier, Großherzog's Geburtstag, Rechnungs-
ablage der Fahnenkommission und Auswachen der neuen Fahne.
Es liegt im Interesse aller Mitglieder, an dieser Versammlung
teil zu nehmen, weil in dieser Sitzung der feste Beschluß gefaßt
werden soll, welcher Fahnenentwurf dem Großherzog zur
Genehmigung vorgelegt werden soll. Ferner findet noch
Aufnahme neuer Mitglieder statt.

Osternburg, 10. Sept. Der Schützenhofsaal hat
eine neue großartige Gasbeleuchtung erhalten, er ist außerdem
gemalt und neu dekoriert worden.

Zwischenbahn, 10. Sept. Am vorigen Sonntag unter-
nahmen mehrere Herren aus Oldenburg eine Wagen-
tour nach hier. Auf dem „Schützenhof“ wurde das Mittagessen
eingenommen. In der feinen Stimmung wurde beschlossen,
sowohl vor als nach dem Essen das Körpergewicht festzustellen.
Gesagt, getan! Aus der Gewichtszunahme kann man mit

peinlicher Sicherheit feststellen, daß es den Herren geschmeht
hat, wenigstens war bei dem einen das Körpergewicht von 195
auf 212 Pfund gestiegen. Zweifel nicht möglich, da Waage
und Wiegemesser geübt waren. — Auf dem „Schützenhof“
woll G. Bruns demnach ein Hundewettrennen veranstalten.
Alle Wpplage und Pokal marten schon hochfreut der Dinge,
die da kommen sollen.

Teichenhof, 10. Sept. Während man sich in Olden-
burg mit einer Preiserhöhung von 5 Pf. für das Pfund
Fleisch begnügt hat, schlugen die Schlächter hier 10 Pf.
auf, was in unserem Orte mit seiner großen Arbeiter-
bevölkerung doppelt fühlbar wird.

Cb Teichenhof eine Stadt 1. Klasse sein soll, diese
Frage wird in der Beilage unseres heutigen Blattes eingehend
besprochen und ihre Bejahung befürwortet.

Neueste Nachrichten und letzte Depeschen.

Eigene telephonische und telegraphische Berichte der
„Nachrichten für Stadt und Land“.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 11. Sept. Aus Rom wird berichtet:
Kaiser Wilhelm und Prinz Heinrich von Preußen
wurden zu Ehrenmitgliedern des Romerischer Nacht-
klubs vorgeschlagen, was einen Akt der Dankbarkeit darstellt
für die Kaimerkmalen, welche den Mitgliedern des Klubs
während der klaren Woche erwiesen worden sind.

Zum Stand der Kaiser-Mandör wird aus
Frankfurt a. O. gemeldet: Für heute werden besonders
bemerkenswerte Gesichte erwartet. Die 9. Division hatte
gestern eine 40 Kilometer Marschleistung, auch die Marsch-
leistung des 5. Korps ist eine außerordentliche gewesen.
Für heute Abend ist in Aussicht genommen, daß der Kaiser
nach dem Gesichte nicht nach Sonnenburg zurückkehren,
sondern im Gelände bleiben werde. Es sind bereits
elegante Zelte zu seiner Aufnahme aufgeschlagen worden.

Die Telegraphie ohne Draht findet während der
Kaiser-Mandör weitestgehende Anwendung und zwar bisher
mit ausgezeichnetem Erfolge. Feste Stationen sind auf
mehreren Kirchhöfen eingerichtet. Ambulante Stationen be-
finden sich bei der Kavallerie-Division des 5. Armees-
Kommando und bei der Kavallerie-Division des 5. Armees-
korps. Trotz der Schnelligkeit mit der sie sich bewegt, ist
sie in ständiger telegraphischer Verbindung mit dem Korps-
Kommandant geblieben, so daß die Befehle durch Funken-
spruch übermittelt werden konnten. Das System, das zur
Anwendung kommt, ist nicht das von Clichy-Metro, sondern
ein neues vervollkommnetes.

Die gegenwärtig in Köln tagende 2. Generalversammlung
des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes
beschloß die obligatorische Einführung der Arbeitslosen-
versicherung unter Erhöhung des Verbandsbeitrags
von 20 auf 30 Pf. pro Woche. Die Auszahlung
der Unterstützung soll ab Juli 1904 erfolgen. Höhe und
Dauer der Unterstützung legt der Central-Vorstand fest.
Weibliche Mitglieder sollen die Hälfte des Beitrags zahlen.

Aus Mährisch-Odrau wird berichtet: Bei der gestern
erfolgten Abfahrt der Teilnehmer des tschechischen Sokol-
festes wurde der deutsche Lehrer Degger durch den
Burs mit einem Biertrage von einem Tischchen am Kopfe
verletzt und mußte sich in das Spital begeben.

In der nächsten Woche sollen zwischen dem österreichi-
schen Ministerpräsidenten v. Körber und Vertretern aller
Parteien aus Böhmen und Mähren die deutsch-böhmische
Verständigungs-Konferenzen beginnen. Die Regierung
soll bereits ein fertiges Projekt ausgearbeitet haben zur
Lösung der deutsch-böhmischen Frage.

Trochender Vesuv Ausbruch.

HTB Brüssel, 10. Sept. Die „Etoile Belge“ berichtet
aus Rom, daß unter der Bevölkerung von Neapel große
Aufregung herrscht wegen der neuen Tätigkeit des Vesuv.
Am Fuße des Vulkans lag mehrere Gräben vergraben worden.
In verlosener Nacht flogen Flammen aus dem Krater;
mächtige Dampfswolken erhoben sich über dem Vulkan.

Die Wirren in Mittelamerika.

BTB Newhork, 9. Sept. Der hiesige venezolanische
Generalstabschef erhielt folgendes Telegramm ohne Datum:
Präsident Castro schlug heute die Aufständischen,
die unter den Generälen Bolanos, Mendoza und Riera standen,
nach erbittertem Kampfe bei Zinaquillo vollständig.

Töblicher Unfall eines Train-Chefiers.
BTB Neudburg, 9. Sept. Der Oberleutnant Bilgrim
vom hiesigen 9. Trainbataillon wurde in der Nähe des
Bahnhofs vom Zuge überfahren und sofort getötet.

Das Attentat auf den italienischen Kaiser.

BTB Neapel, 9. Sept. Vincenzo Guerriero, der am
25. Mai 1902 mit Steinen gegen den königlichen Hof-
zug warf, wurde heute zu 6 Jahren 8 Monaten Zuchthaus
und 800 Lire Geldstrafe verurteilt.

Ein Interview Chamberlains.

BTB London, 10. Sept. Ein Vertreter der „Press
Associated“ hatte ein Interview mit Chamberlain und
erfuhr über die Audienz der Buren-Generäle
folgendes: Sie versuchten erfolglos für die Burenflücht-
linge die Erlaubnis zur Rückkehr in die Heimat ohne
Ablegung des Unterhandels zu erlangen, daß ge-
hen sich ferner, die Zufriedenheit zu erlangen, daß ge-
wisso ehemalige Beamte der Buren-Republik in ihre früheren
Stellen oder in ähnliche Ämter eingesetzt werden sollen.
Chamberlain lehnte es jedoch ab, für die Regierung bin-
dende Erklärungen abzugeben.

Teilweise Räumung von Martinique.

BTB Paris, 10. Sept. Nach einem Telegramm aus
Fort de France vom 6. September an das Marine-
ministerium ordnete der Gouverneur an, den nördli-
chen Teil der Insel zu räumen und die Flüchtlinge
im Süden anzusiedeln. Man fährt in Morne Rouge und
Moupa Bouillon fort, die Leichen zu verbrennen. Aus
den Erhebungen ergab sich, daß nur die Weichen, die
sich in den Straßen oder in offenen Häufen befanden,
verleßt worden sind.

h. Oldenburger Wochenmarkt vom 10. Septbr. Der
Schweinehandel ging heute nicht besonders flott. Preis für
kleinere Ferkel pro Alterswoche 2.50 M. Der dicht befrachte
Markt wurde nur langsam geräumt. Ferkler je 1.65 bis 1.10 M.
in den Markthalen. Butter galt pro Pfd. 1.35 bis 1.10 M.
Wollereibutter 1.20 bis 1.80 M. Dielebe war reich ver-
griffen. Frische Hühner galten pro Tugend 65 bis 70 s.
Der Fleischmarkt zeigte recht gute Auswahl. Bei etwas er-
höhten Preisen herrschte doch flotter Handel. In Gemüse war
ebenfalls recht gute Auswahl vorhanden, desgl. in Obst. Für
Birnen wurden heute pro 25 Liter 1 bis 2 M. erzielt. Äpfel
galten pro Scheffel 1.50 M. Steinobst war wenig zugebracht.
Der Blumenhandel ging recht flott.

Zu Ausnahmepreisen

empf. Tischstühle für 6 Pers. von 1.15—2 M. Tisch- und
Handtücher 250 M., Bettst. 250 M., Bettst. 250 M.,
breit, 85 s. Bezugstoffe in allen Preisen, Gebensende in
3 Qualitäten, Wirt. 37 s., 40 s., 45 s., vorzüglich im Gebrauch.

Julius Harmes, Schillingstraße 16.

Donnerstag, den 20. Sept. 1902,
nachmittags 3 Uhr.

sollen auf dem Rathaus, Zimmer 4,
verschiedene **Handfächer**, als Leder-
zieher, Handtasche, Zücher, Schürzen,
Schirme, Handtücher, Portemonnaies,
Taschenbücher, Brillen, Broschen, Ringe,
Wäpfe, Gefangnis und dergleichen
öffentlich meistbietend gegen Bar-
zahlung verkauft werden.

Stadtmagistrat.
Hastede. Kleinlein M. Töpfer
in Hastede läßt am

Mittwoch, den 24. Sept. d. J.,
nachm. 4 Uhr.

im Lehmdegrube ihre in der Ge-
meinde **Jade, vorm Kreuzmoor**
belegenen

6 Bladen Zettweiden
zum Weiden auf mehrere Jahre
verpachtet, wozu einladet
J. Degen, Ant.

Gedewecht.
Der Gemeindevorsteher Jüchter
hier läßt am

Montag, den 15. Sept. d. J.,
nachm. 5 Uhr.

in seiner Wiese „Barge“ zu Süd-
Gedewecht:

6 Tagewerk Gras
(weiter Schnitt)

meistbietend mit Zahlungsfrist ver-
kaufen.

Kaufstübhaber wollen sich an Ort
und Stelle versammeln. **Verste.**
Zu verk. eine **junge Kuh**, die in
den nächsten Tagen kalbt.

G. Dieck, Diener Chauvée 11.

Kleider u. Wäfen werden billig
angekauft. **V. Vorher, Alexanderstr. 6.**

Zu verkaufen ein großes **Kühn-
bauer.**

Zwangs- versteigerung.

**Am Donnerstag, den 11.
d. M., nachm. 4 Uhr, ge-
langen an der Lindenstraße:**

3 Sofas, 4 Sessel, 1 Sofa mit
Decke, 1 Leinwand, 2 Kommoden,
1 Kaffeetisch, 1 Nähtisch, 2 große
Tische, 1 Tischlampe, 2 Spiegel,
1 Regulator, 1 Bettstelle mit Bett,
4 große Hängelampen und sonstige
Sachen.

ferner: 1 Trefen, 1 Reole, 1 Bier-
apparat mit 2 Krähnen, 1 Ledbrett,
10 Weichschiffstühle, 3 Tische und
2 Tiselmagen

gegen Barzahlung zur Ver-
steigerung.

**Käufer versammeln sich um
3 1/2 Uhr beim Wirt Heiners
daselbst.**

**Jellies,
Gerichtsvollzieher.**

Immobilienverkauf.

Oldenburg. Im Auftrage habe
ich ein an der Ziegelhofstraße
(diesseits Ehlers' Brauerei) belegenes
Wohnhaus nebst Garten zu ver-
kaufen. Das Immobilien ist in gutem
baulichen Zustand und ist daselbst
namentlich einem Privatmann zum
Ankauf zu empfehlen.

Auskunft erteilt
**Johs. Atching, Rechnstr.,
Poststraße 5.**

Grube zu leeren. **Ziegelhofstr. 5.**

Erstern. Zu verk. ein großer,
moch. Handhund. **Z. Alsdamm.**

Kefir!
Georg Müller, Postl. Oldenburg i. O.

Zwangs- versteigerung.

**Am Donnerstag, den 11.
d. M., nachm. 4 Uhr, ge-
langen im „Lindenhof“:**

I. 25 Sofas, 15 Polsterstühle, 3
Sessel, 6 Spiegel, 1 Schreib-
tisch, 2 Spiegelstühle, 4 Verti-
fons, 1 Leinwand, 10 Tische,
3 Wanduhren, 35 Stühle, 10
Bettstellen mit Betten, 8 Wasch-
tische, 3 Sofa, 1 Buffet, 10
Kommoden, 4 Nähmaschinen, 2
Klaviers, 8 Kleiderstühle, 1
Gefäßschiff, 1 Kronleuchter,
1 Rauchservice, 8 Nähtische, 2
Lüftungstische und sonstige Gegen-
stände.

II. 5 Tische, 23 Stühle, 15
Tischlampen, 9 Kochtöpfe, 7
Sturmleuchten, 4 Milchhebe, 8
Handlampen, 7 Zuckerschmelzer,
8 Ampelgläser, 10 Ektöpfe, 12
Tulpen, 9 Wasserstellen, 1 Kofen-
kasten, 3 Kaffeemaschinen, 2 Pe-
troleumlampen und 1 Kofenstiel

gegen Barzahlung zur Ver-
steigerung.

**Jellies,
Gerichtsvollzieher.**

Eine große Partie
Pak-Risten, Körbe, Tonnen, Säcke
in allen Größen zu billigem
Preis möglichst in einem Posten
abzugeben.

**Otto Raven, Am Gertruden-
Kirchhof.**

Eine flotte
Wirtschaft mit Ausspann-
volle Kasse, steht unter gün-
stigen Bedingungen zum Verkauf.
Näheres **Heinr. Westing.**

Die Ernte von 1/2 Hektar Kar- tosseln (Reichsfelder) in der Obstanlage auf der Hammelheide soll am

**Montag,
den 15. Septbr. d. J.,**
nachm. 3 Uhr.

an Ort und Stelle meistbietend ver-
kauft werden.
Gleichzeitig soll das **doppelte Un-
flügen** von 3,2 Hektar Heidealand
und das **Unflügen** von etwa 5 Hektar
Lupinen mindestdensend vergeben
werden.

Oldenburg, 8. Sept. 1902.

Landeskulturfonds.
J. A. J. m. e. l.

Ein **Posten langer u. kurzer
Tragkleider**, **Tragkleider**,
angenehm, ganz unter Preis.
Theodor Meyer.

Wahnbeck. Empfehle meinen ein-
stimmig angeforderten **Eber**
zum **Veden.** **Joh. Küpfer.**

In geräucherte

Schinken
empfiehlt

K. Wittmann, Staustr. 13.

Homöopathie
Die rein homöopathische
Central-Apothek (Central-
Apothek) V. Mayer, in-
habitiert von der homöopathischen
Lehranstalt, liefert homöopathische
Arzneimittel, Kasse, Kasse u. Taschen-
Apotheken, sowie aller einseitig.
Literatur. Preis. grat. u. frei.

Habe im Auftrage 1 hoch. Kuhb.
Holz Garnitur, gemischt. Fleisch,
1 Vertikow und Kaffeetisch sehr
billig zu verkaufen.
Fr. Dey, Möbelgeschäft, Baarenstr. 33.

Wegen Fortzuge billig zu verk.:
Bestische, Schrank, Küchenschiff, Felle-
borte, Fliegenhaube, Waschmaschine,
Schlafstuhl, Kronleuchter, Petroleum-
leuchte, Fritteuse, Kartoffelschal-
maschine.

Baarenstr. 27, oben.

Für Hausmann **E. Chlenbusch**
zu verk. werden auf der **Soyerweide**
hier, am 14. d. M., **nachmittags**
4 Uhr, noch mit verkauft:

6—7 Jüd Ettgrün
zum **Mähen.**

Großemmer, C. Haake, Ant.

Zu verkaufen ein **Haus** für circa
8000 Mk. an guter Lage, passend für
Privatmann (Knecht), der angenehm
wohnen will.

Wo? sagt die **Expedition d. Bl.**

Für Wirte!
Ein gut erhaltenes
Orchestrion

hat billig zu verkaufen
C. Landrecht in Oxtum b. Aurich.

Zu verk. **Sonig-Birnen, gepfl.,
Beuro-gris.** Str. 20 s. Lindenstr. 4.

Gut erh. **4rad. Kinderwagen** mit
Gummireifen zu verk. **Exnerstr. 16, oben.**

Wüsting. Zu verk. eine schwere,
nahe am Kalben stehende **Quene.**
Z. Abraham.

Zu laufen gei. 3 gut erh. **Enden-
thüren.** Off. u. Z. 455 Geich. d. Bl.

In unserer Dampf-Wasch-
Anstalt finden noch mehrere
junge Arbeiterinnen

dauernde Beschäftigung für
leichte Arbeit.

Oldb. Dampfwaschanstalt
„**Edelweiss**“
Hofstraße.

1. Beilage

in Nr. 212 der „Nachrichten für Stadt und Land“ vom Mittwoch, den 10. September 1902

Soll Delmenhorst eine Stadt 1. Klasse werden?

Delmenhorst, 9. September.

Eine Frage von einschneidender Bedeutung für unser Gemeinwesen wird in diesen Tagen nach langen Beratungen und gründlichen Prüfungen ihrer Lösung um einen bedeutenden Schritt weiter geführt werden. Es handelt sich um die Frage der Erhebung unserer Stadt zu einer Stadt 1. Klasse, eine Frage, die mit zwingender Notwendigkeit bei der gewaltigen Entwicklung unserer Stadt sich schon vor Jahren gebieterisch aufdrängte und immer wieder hervortrat und eine gründliche Erörterung verlangte. Vom Gesamtschulrat war vor einiger Zeit zu diesem Zwecke eine Kommission eingesetzt, welche gemeinschaftlich mit dem Magistrat die wichtige Sache eingehend zu erörtern und nach allen Seiten hin zu prüfen hatte. Nachdem dieselbe ihre umfangreichen Arbeiten erledigt hat, wird schon am nächsten Dienstag der Gesamtschulrat sich mit der, unsere Stadt aufs höchste interessierenden Angelegenheit befassen. Da aber auch das ganze Land an dieser Frage Anteil nehmen wird, geben wir die Anträge des Magistrats nebst Begründung ausführlich wieder.

Der Stadtmagistrat beantragt, der Gesamtschulrat wolle sich mit der Erhebung Delmenhorsts in eine Stadt erster Klasse zum 1. Mai 1903 grundsätzlich einverstanden erklären, und den Stadtmagistrat ersuchen, zu diesem Zwecke ein neues Statut, betreffend Einrichtung des Gemeinwesens der Stadt Delmenhorst, auszuarbeiten und dem Gesamtschulrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dass die Umwandlung Delmenhorsts in eine Stadt 1. Klasse als eine dringende Notwendigkeit erscheint, ist seit Jahren anerkannt. Auch der vorige Stadtrat hat in der Sitzung vom 8. Dezember 1900 sich einstimmig für die Umwandlung ausgesprochen, allerdings, ohne dass es damals zu weiteren Schritten gekommen wäre. Von den Gründen mag folgendes noch einmal hervorgehoben werden. Die Verwaltung eines größeren Gemeinwesens, wie Delmenhorst, kann nicht dauernd mit befristeten Erfolgen von zwei Stellen ausgeführt werden. Unzulänglichkeiten sind ganz unvermeidlich. Es sei nur daran erinnert, dass die städtischen Vorschläge zum Teil auf dem Amt und zum Teil auf dem Rathaus aufgestellt werden, so dass ein einheitlicher Finanzplan nicht bestehen kann. Damit ergibt sich zugleich, dass die wünschenswerte Umwandlung der vielen einzelnen Schulen der hiesigen und Schulstellen in eine Inhaberschuld nicht erfolgen kann, ohne dass in jedem Jahre eine nicht ganz einfache Abrechnung stattfinden müsste. Die Trennung der Polizeigewalt vom Gemeinwesen nach sich, die sich z. B. beim Ausdruck der Epidemien bemerkbar machen müssen. Auch muss die Stadterhaltung Bedenken tragen, an der Verfertigung größerer Anlagen, wie z. B. eines Schlachthauses herauszusehen, so lange die Möglichkeit der Ausübung einer wirksamen Kontrolle der Uebertretungen mangels einer ausreichenden Polizeigewalt des Stadtmagistrats fehlt. Dass sich auch in kleineren Verwaltungsbereichen, wie z. B. in der Handhabung der Quarantänegesetze, Schwierigkeiten daraus ergeben, dass teilweise das Amt, teilweise der Stadtmagistrat zuständig ist, ergibt sich von selbst. Die Erhebung, insbesondere die Beibehaltung der Steuern, leidet darunter, dass staatliche und städtische Steuern nicht gleichzeitig und an einer Stelle erhoben werden können. Da die staatlichen Steuern erst im September erhoben werden, so kann die Erhebung der städtischen Steuern erst bis zum November vorbereitet werden. Im Frühjahr haben dann der Staat und die Stadt ungefähr gleichzeitig im März die letzte Erhebung bedeutet für die Stadt sowohl einen wesentlichen Zins, als auch einen nicht unerheblichen Steueranfall, da die Bevölkerung hier viel und plötzlich verzieht, und der neue Wohnsitz nicht zu ermitteln ist. Allein das letzte Finanzjahr hat 150 Fälle ergeben, in denen infolge der Verpöschung der Mobilienverpöschung eine Lohnbeschlagnahme nicht mehr erfolgen konnte. Andererseits wird die Bevölkerung dadurch beschwert, dass die Erhebungen größtenteils im Winter erfolgen, wo der Verdienst der geringste ist. Manche Verpöschung, die stattfinden könnte, wenn die Termine früh gesetzt würden, scheitert an der späten Aufhebung der Termine. Dass das Amt zunächst die Forderung wegen rückständiger Staatssteuern und dann die Forderung wegen rückständiger städtischer Steuern vollziehen muss, bedeutet eine erhebliche Mühe. Andere zahlreiche Beispiele ließen sich ohne Mühe aufzählen.

Zugleich bringt der gegenwärtige Zustand eine wesentliche Belastung mit Schreibwerk mit sich. Sofern das Amt jetzt entscheidende Beschlüsse trifft, bedarf es in vielen Fällen, z. B. bei der Erteilung von Schenklaubnissen, einer ausführlich begründeten Beschlüsse, während nach der Umwandlung eine kurze, mündliche Beratung und Beschlussfassung des Stadtmagistrats genügen würde. Durch mündliche Besprechungen lassen sich die Beschlüsse an das Amt nicht immer erledigen, da andernfalls bei der Fülle der in Frage stehenden Angelegenheiten fast täglich eine mündliche Besprechung stattfinden müsste. Zudem würde für den Bürgermeister die Erhebung durch mündliche Besprechung deswegen nicht in allen Fällen annehmbar sein, weil nur der schriftliche Bericht ihm dem Stadtmagistrat gegenüber einen Ausweis darüber gibt, dass er tatsächlich im Sinne der Mehrheit des Stadtmagistrats berichtet hat. Dass in den Fällen, in denen Grobherzogliches Staatsministerium entscheidende Beschlüsse trifft, die Zwischenkunft eine Vermehrung des Schriftverkehrs bedeutet, liegt auf der Hand. In allen Fällen ist es unvermeidlich, dass der Verkehr mit dem Amt oder durch dasselbe einen gewissen Zeitverlust mit sich bringt. Dieser Zeitverlust,

mag er auch auf das geringste Maß beschränkt werden, muss in unseren sich rasch entwickelnden Verhältnissen sehr häufig nachteilig wirken.

Für das Publikum

bringt es eine große Erleichterung mit sich, wenn es nur mit einer Behörde zu thun hat. Gemächlich weiß das Publikum gar nicht, welche Behörde zuständig ist und muss von der einen Stelle nach Anhörung der ganzen Angelegenheit zur anderen Stelle verwiesen werden. In vielen anderen Angelegenheiten, z. B. Brandversicherungen, Steuerbefreiungen usw., hat es auch einen Teil der Angelegenheiten bei der einen, den anderen Teil bei der anderen Behörde abzuwickeln. In den vielen Angelegenheiten, in denen bei der Knappheit der obdenburgischen Gesetzgebung die Zuständigkeit zweifelhaft ist, kann es sogar vorkommen, dass Personen von der einen Behörde zur anderen und von der anderen wieder zu der einen Behörde geschickt werden. Was den idealen Wert der vollen Selbstverwaltung angeht, so braucht auf ihn nicht eingegangen zu werden. Jede selbstbewusste Bürgerschaft wird ihn zu schätzen wissen.

Warum nicht schon eher?

Wenn trotzdem die Frage bisher noch nicht gelöst worden ist, so hat dies an zwei Punkten gelegen. Zunächst trug man Bedenken, eine Erhebung Delmenhorsts in eine Stadt 1. Klasse zu bewirken, so lange die obdenburgische Gesetzgebung an der lebenslänglichen Wahl der Bürgermeister in den Städten 1. Klasse festhielt. Man sagte sich mit Recht, dass die Stadt häufig in die Zwangslage komme, in der Bürgerchaft ganz unbekannte Personen zu wählen und dass es für das Gemeinwesen von unüberwindlichem Nachteil sein werde, wenn ein Magistrat nicht nach Ablauf einer Wahlperiode wieder aufgehoben werden könne. Es kommt für die kleineren Städte hinzu, dass die Gemeindefürsorge häufig nach einer Reihe von Jahren einen anderen Wirkungsbereich finden werden, während unzulänglich bis an ihr Lebensende verbleiben. — Dieses Bedenken ist gehoben, nachdem die Regierung auf eine Anfrage des Stadtmagistrats Delmenhorst die Zustimmung gegeben hat, dass dem diesjährigen Landtage eine Vorlage zur Abschaffung der lebenslänglichen Wahl der Bürgermeister in den Städten 1. Klasse zugehen werde. Die Annahme der Gesetzesvorlage erscheint gesichert.

Ferner glaubte man, dass die Mehrkosten, die der Stadt durch Anstellung von Bureaubeamten und Polizei entstehen würden, von ihr nicht würden getragen werden können, wenn ihr nicht anderwärts durch Bildung eines eigenen Amtsverbandes die Ausgaben abgenommen würden, die sie zur Zeit für die Landarmen der ländlichen Gemeinden des Amtes Delmenhorst trägt. Der Stadtmagistrat hat deshalb an das Staatsministerium die Anfrage gerichtet, ob es nicht mit Rücksicht auf die verschiedenartigen Interessen von Land und Stadt in eine Teilung des Amtsverbandes willigen wolle. Es wurde zugleich darauf hingewiesen, dass ein Zusammenbleiben die lebhaftesten Interessenkämpfe, Vergewaltigung der Minderheit durch die Mehrheit und eine dauernde Entfremdung der beiden Teile nach sich ziehen müsste. Auch in dieser Beziehung hat sich das Staatsministerium bereit erklärt, dem nächsten Landtage eine Vorlage zu machen. An der Annahme dieser Vorlage wird kein Zweifel sein, da der Landtag in einer ganz ähnlich liegenden Angelegenheit — der Restrukturierung der Gemeinden Bant, Heppens, Neumünde von den ländlichen Vereinen — auf den gleichen Standpunkt gestellt hat.

Wenn diese Vorlage Gesetz wird, so wird die finanzielle Lage der Stadt Delmenhorst durch die Umwandlung in eine Stadt 1. Klasse nicht verschlechtert, sondern verbessert werden.

Es ergeben sich aus der Umwandlung Delmenhorsts folgende

finanzielle Verschönerungen:

Die beiden zuletzt gelegten Rechnungen des Amtsverbandes Delmenhorst ergeben, dass von den im Jahre 1899/1900 entstandenen Armenkosten des Amtsverbandes Delmenhorst im Betrage von 28.386,56 Mark die Stadt Delmenhorst die Summe von 21.750,90 Mark, und von den im Jahre 1900/1901 entstandenen Armenkosten von 31.181,12 Mark die Summe von 23.495,47 Mark bezahlt hat. An Landarmen, die in der Gemeinde Delmenhorst der Armenpflege zur Last gefallen sind, sind davon seitens des Amtsverbandes bezahlt worden im Jahre 1899/1900 10.482,12 Mark, und im Jahre 1900/1901 13.475,53 Mark. Im ersten Jahre hat also Delmenhorst 11.268,28 Mark und im zweiten Jahre 10.019,94 Mark mehr bezahlt, als es als eigener Landarmenverband an Kosten zu tragen gehabt hätte. Das sind in unglücklichen Jahren etwa 12 Prozent unserer Einkommenssteuer. Das Verhältnis ändert sich auch in unglücklichen Jahren nicht etwa wesentlich zu Gunsten Delmenhorsts. Denn während die Landarmen in der Stadt und auf dem Lande annähernd gleich sind, überträgt die Steuerkraft oder doch der tatsächliche Steuerbeitrag der Gemeinde Delmenhorst den der übrigen Gemeinden des Amtes auch in unglücklichen Jahren so gewaltig, dass die Hauptlast immer bei der Gemeinde Delmenhorst verbleibt. Diese Last ist aber um so schwerer zu ertragen, je ungünstiger die Finanzlage der Stadt ist.

Es kommt noch hinzu, dass sich, soweit wir übersehen, das Verhältnis noch dauernd zu Ungunsten der Stadt verschlechtern wird. Die ländliche Arbeiterbevölkerung setzt sich mehr und mehr aus Elementen zusammen, die bald in dieser und bald in jener Gemeinde arbeiten und nirgendwo ihren Unterhaltungswohnsitz begründen. Die Arbeiterbevölkerung in der Stadt Delmenhorst dagegen wird von Jahr zu Jahr schärfer und von fremdem Zugzuge unabhängig. Arbeiter, die infolge anbauender Krankheit, oder, insbesondere in unglücklichen Jahren, wie es die gegenwärtige ist, infolge Arbeitslosigkeit der Armenpflege zur Last fallen, haben fast regelmäßig bereits ihren Unterhaltungswohnsitz in Delmenhorst erworben, so dass ihre Unterhaltung der Gemeinde allein zur Last fällt. Es kommt noch hinzu, dass nur für das ländliche

Gesinde, nicht aber für die übrigen Landarbeiter eine Krankenkasse besteht, so dass erkrankte Landarbeiter sofort der Armenpflege zu bedürfen pflegen. Die städtische Bevölkerung hingegen wird durch die Pflichtkrankenpflegen, die ihre Fürsorge zum Teil auf 26 Wochen erstrecken und auf die Familie ausdehnen, sowie durch freie Hilfskassen und besondere Familienrentenstellen für die erste Zeit verjüngt. Auch weiterhin tritt manchmal die Hilfsfähigkeit der Fabrik oder die Unterstützung der Gewerkschaft ein. Wir werden deshalb mit einer Steigerung der Landarmenkosten, die Delmenhorst für die Landgemeinden trägt, rechnen müssen.

Man wird deshalb die jährliche Ersparnis, die Delmenhorst durch Bildung eines eigenen Landarmenverbandes erzielt, mit 10.000 Mark gering veranschlagen.

An übrigen Ausgaben des Amtsverbandes hat Delmenhorst viele rein ländliche Bedürfnisse mit bestreiten müssen. Die hier in Frage stehende Summe ist mit 2000 Mark weit unter dem Durchschnitt der letzten Jahre eingestuft.

Delmenhorst würde an Ausgaben also mindestens 12.000 Mark jährlich sparen. Außerdem würde Delmenhorst durch die Umwandlung aber noch folgende Mehreinnahmen haben:

Zunächst hat das Staatsministerium dem Stadtmagistrat auf seine Anfrage zugesichert, dass der Stadt Delmenhorst die Erhebung der staatlichen Einkommensteuer in derselben Weise übertragen werden wird, wie sie den übrigen Städten 1. Klasse übertragen worden ist, also gegen eine Vergütung von drei Prozent der Erhebungssumme. Das macht, die Erhebungssumme mit 115.000 Mark sehr gering angenommen, eine jährliche Einnahme von 3500 Mark. Ferner wird die Stadt in Angelegenheiten, in denen der Stadtmagistrat als Verwaltungsbefehlshaber auftritt des Amtes tätig sein wird, die gesetzlich vorgeschriebenen Sporeten für eigene Rechnung vereinnahmen. Darauf sind, wie ein Vergleich mit den Einnahmen der Stadt Oldenburg ergeben hat, in Delmenhorst etwa 1000 Mark zu rechnen.

Die Tanzkasse des Amtsbezirks wird zur Zeit vom Amte verwaltet. Ein wesentlicher Teil der Einnahmen dieser Kasse kommt aus der Gemeinde Delmenhorst. Die Verteilung der Zuwendungen aus der Tanzkasse geschieht im allgemeinen nicht nach den Leistungen, sondern nach dem Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden. Die Folge ist, dass Delmenhorst im Verhältnis zu den ländlichen Gemeinden recht wenig bedacht wird. Delmenhorst trägt zur Tanzkasse etwa 3000 Mk. jährlich bei. Es hat im Durchschnitt der Jahre 1896—1900 etwa 1000 Mk. jährlich aus der Tanzkasse erhalten. Dadurch, dass der Stadtmagistrat in Zukunft die Tanzkasse der Stadt verwaltet und darüber nach seinem Ermessen im Interesse der Stadt verfügt, werden also jährlich der Stadt 2000 Mk. zufließen. Durch die Verhältnisse der Erhebungen um durchschnittlich 2 Monate, die, wie oben erwähnt, erzielt werden wird, geht dem Gesamtkonto der Stadt jährlich etwa 500 Mk. zu. Demnach betragen die unmittelbaren Mehreinnahmen der Stadt, vorzüglich geschätzt, etwa 19000 Mk. Da außerdem durch Verschleppung der Erhebungen manche jetzt unberechenbare Steuereinnahmen der Stadt zufließen werden, ist schon erwähnt! Ferner soll darauf hingewiesen werden, dass der Stadt nach ihrer Erhebung die Unterhaltung der in der Richtung eines Staatsweges belegenen Ortsstraßen übertragen werden wird, wodurch sie finanziell einen erheblichen Vorteil haben wird. Auch in vielen anderen Beziehungen werden sich dadurch, dass die Stadt ihre finanziellen Interessen zu wahren in jeder Beziehung in den Stand gesetzt wird, bedeutende finanzielle Vorteile ergeben. Andererseits werden durch die Erhebung Delmenhorsts folgende Mehrausgaben entstehen. Es wird zur Bewältigung der Mehrarbeiten die Anstellung eines weiteren Akteurs notwendig werden, dessen Gehalt auf 1500 Mk. geschätzt werden mag.

Was die Bureaukosten angeht, so werden sie voraussichtlich nicht allzu erheblich steigen, da dem Wunsch an das Schreibarbeiten infolge des Wegfalls der vielen Berichte an das Amt Ersparnisse gegenüberstehen werden. Die Mehrkosten werden mit 1000 Mk. hoch gegriffen sein.

Die Kommission war ferner der Ansicht, dass die Gehälter der Subalternbeamten zu erhöhen sein würden. Allerdings konnte sie nicht verhehlen, dass auch in dem Falle, dass Delmenhorst Stadt 2. Klasse bliebe, eine Erhebung der Subalternbeamtengehälter unvermeidlich sein würde. Ein Vergleich mit den in anderen Städten gezahlten Gehältern beweist die Niedrigkeit der jetzigen Gehälter. Wenn die Beamten überhaupt geblieben sind, so sind sie in der Erwartung einer baldigen Erhebung Delmenhorsts in eine Stadt 1. Klasse geblieben. Sollte dies jetzt scheitern, so würden sie mit Gehaltsforderungen sicherlich hervortreten. Der Ausschuss ist deshalb der Ansicht, dass diese Kosten, die sich auf etwa 1200 Mk. belaufen werden, hier eigentlich nicht in Rechnung gesetzt werden dürfen. Anders verhält es sich mit den Kosten der Erhöhung des Bürgermeistergehalts, das jetzt 3600—5000 Mk. beträgt. Der Ausschuss ist der Überzeugung, dass es, falls Delmenhorst Stadt 2. Klasse bleibt, möglich sein wird, mit einem Bürgermeister auszukommen, der keine abgeschlossene juristische Vorbildung hat und für den gegenwärtigen Gehaltsbetrag dauernd hier tätig sein würde. Der Ausschuss glaubt, dass für den Fall, dass Delmenhorst nicht Stadt 1. Klasse wird, es sich sogar empfehlen wird, einen solchen Beamten anzustellen, da nur ein solcher sich in der Stellung eines Verwaltungsrates untergeordneten Beamten für längere Zeit erhalten lassen wird. Andererseits glaubt der Ausschuss, dass es im Fall der Erhebung Delmenhorsts einer Gehaltserhöhung bedürfen wird, um einen Beamten unter bauern dem Bericht auf seine staatliche Anstellung zum Übertritt in den städtischen Dienst zu veranlassen. Die Erhöhung anderer Städte lehrt dies. Der Ausschuss glaubt, dass die Erhöhung höchstens 2000 Mk. wird betragen brauchen.

Mehrausgaben entstehen ferner durch die Übernahme der Polizei. Diese Mehrausgaben würden ganz erhebliche sein, wenn der Staat sich veranlasst sehen würde, sämtliche hier stationierten Gendarmen zurückzuführen. Ob er gesetzlich dazu berechtigt sein würde, muss bei der Unklarheit und Lückenhaftigkeit der obdenburgischen Gesetzgebung dahingestellt bleiben. Jedenfalls aber hat sich das Ministerium

nach Verhandlungen mit dem Stadtmagistrat bereit erklärt, von den jetzt hier stationierten staatlichen Sicherheitsbeamten, nämlich einem Wachmeister und sieben Gendarmen bis zum 1. Mai 1908 einen Wachmeister und fünf Gendarmen hier zu belassen. Nach diesem Termine soll die Zahl bis auf zwei bis drei Gendarmen herabgemindert werden. Um also die Gesamtheit der hier vorhandenen Polizeikräfte auf der gleichen Höhe zu erhalten, wurde die Stadt zum 1. Mai 1908 zu ihren eigenen, bereits vorhandenen 4 Stadtdienern höchstens 1 Wachmeister und 2 Schutzeleute und zum 1. Mai 1908 2 weitere Schutzeleute anzustellen haben. Es würden dadurch an Kosten entstehen zum 1. Mai 1908 höchstens 5509 Mk. und zum 1. Mai 1908 weitere 8000 Mk. Omsummen noch für Erhöhung der Gehälter der jetzigen Schutzeleute etwa 800 Mk. Die Kosten der Anstellung eines zweiten Juristen können nicht eingeleitet werden, da diese ohnehin notwendig erscheint. Was die Vereinfachung der Pensionen betrifft an die städtischen Beamten nach Ablauf einer gewissen Dienstzeit angeht, so muß sie ganz unabhängig von der Frage der Erhebung Teilmehrhörst zu einer Stadt 1. Klasse geprüft werden. Einer Vereinfachung, die sowohl die viel kleineren Städte Jever und Babel als auch die Landgemeinde Bant erfüllt, wird sich Teilmehrhörst auf die Dauer nicht entziehen können. Uebrigens hat man auch bisher dienstunfähig gewordenen städtischen Beamten regelmäßig aus freien Stücken einen Ruhegehalt gewährt. Einen Unterschied macht nur die Pensionierung der Bürgermeister insofern, als gemäß Art. 29 § 3 der Gemeindeordnung die Stelle des Bürgermeisters in Städten 1. Klasse pensionenberechtigt sein muß. Aber auch wenn Teilmehrhörst Stadt 2. Klasse bleibt, wird man sich bezüglich des neuankommenden Bürgermeisters nicht der Notwendigkeit entziehen können, ihn pensionenberechtigt zu machen, wie es andere Städte getan haben, und wie es Teilmehrhörst auch bei der Anstellung der Bürgermeister Mangelbrock und Wilmis getan hat. Die Gefahr, daß Teilmehrhörst tatsächlich, wenn es zur Stadt 1. Klasse erhoben ist, einem nicht wiedergeborenen Bürgermeister auf längere Zeit ein Ruhegehalt wird zahlen müssen, ist gering, da ein solcher sich jedenfalls, sei es als Bürgermeister einer anderen Stadt, sei es als Ratsmann, eine andere Tätigkeit verschaffen wird, womit seine Pensionenberechtigung wegfällt. Viel eher würde Teilmehrhörst, wenn es eine Stadt 2. Klasse bliebe und einen Bürgermeister mit nicht abgeschlossener juristischer Bildung wählte, in diese Gefahr kommen, da ein solcher im Falle seiner Nichtwiederwahl viel schwerer eine andere Stelle erlangen wird. Es wird allerdings wie das Gehalt, so auch die Pension eines Bürgermeisters einer Stadt 1. Klasse etwas höher sein, als die eines Bürgermeisters einer Stadt 2. Klasse. Indessen wird dieser Unterschied reichlich dadurch wieder aufgehoben, daß die Hälfte der Pension der Bürgermeister in den Städten 1. Klasse gemäß Art. 29 § 3 der Gemeindeordnung vom Staate getragen wird. Daß diese Bestimmung bei Abschaffung der lebenslänglichen Bürgermeisterwahl sollte abgeschafft werden, ist nicht anzunehmen. Es ergibt sich demnach, daß die Mehrkosten, die der Stadt erwachsen werden, am 1. Mai 1908 etwa 10,800 Mk. und wenn man die ohnehin entstehenden Kosten der Erhebung der Subalternbeamtengehälter hinzurechnet, etwa 12,000 Mk. betragen werden, denen 19,000 Mk. an Mehreinnahmen und Minderausgaben gegenüberstehen. Die Kosten werden sich am 1. Mai 1908 auf 13,800 Mk. bzw. 15,000 Mk. vermindern. Es ist aber zu bedenken, daß bis zum 1. Mai 1908 sich auch die der Stadt aus der Umwandlung zufallenden Mehreinnahmen gesteigert haben werden.

Jedenfalls kann davon, daß die finanzielle Lage der Stadt durch die Erhebung verschlechtert werde, unter keinen Umständen die Rede sein; vielmehr ist eine nicht ganz unerhebliche Verbesserung mit aller Sicherheit zu erwarten. Als Zeitpunkt der Umwandlung kommt am besten der 1. Mai 1908 in Frage, da der Landtag entweder in diesem Winter oder erst in drei Jahren sich mit der Angelegenheit beschäftigen kann. Die Vorarbeiten lassen sich bis zu diesem Zeitpunkt erledigen.

Wenn der Stadtrat mit der Erhebung Teilmehrhörst grundsätzlich einverstanden sein sollte, so wird es zunächst notwendig sein, daß er den Stadtmagistrat und den von ihm gewählten Ausschuss mit der Ausarbeitung eines neuen Statuts betr. die Einrichtung des Gemeindeforts der Stadt Teilmehrhörst, beauftragt. In diesem Statut werden auch die Gehaltsverhältnisse zu regeln sein.

Aus dem Großherzogtum.

Der Stadtrat unserer mit Auszeichnung versehenen Originalarbeiten ist sehr mit genauer Aufmerksamkeit gefolgt. Stellungen aus Berlin über lokale Verhältnisse kann die Redaktion nicht wahren.

Oldenburg, 10. September.

(Fortsetzung der Notizen aus dem Hauptlande.)

Wissensfest in Ohmstedt. In der neuerbauten Kirche zu Ohmstedt wird am kommenden Sonntag, 14. d. M., das erste Wissensfest gefeiert, und zwar sowohl am Vormittag als am Nachmittag. Im Vormittagsgottesdienst (9½ Uhr) hält Herr Pastor J. Dultmann aus Ganderlessee die Festpredigt. Die Nachmittagsfeier (3 Uhr) findet gleichfalls in der Kirche statt (Ankunft des Zuges von Biele 2.08, von Oldenburg 2.45). Ansprachen werden halten die Herren Pastor Kobiell, Groenemeyer, Wissener, Diehl, Westraße, Pastor Dultmann, Ganderlessee und Pastor Eckardt, Ohmstedt. Jedermann ist freundlich eingeladen.

Im Ziegelhofs feierten gestern nachmittag die Kinder mehrerer unterer Klassen der hiesigen katholischen Schule mit ihren Lehrern. Die Angehörigen der Kinder hatten sich dazu auch in größerer Anzahl eingefunden. Bei dem herrlichen Wetter verlebten die Kleinen in dem geräumigen, schön gepflegten Garten bei munterem Spiel und Tanz manche vergnügte Stunde.

Der Reuchhusten tritt zur Zeit in unserer Stadt auf, und zwar sind es zum Teil kleinere Kinder, die daran leiden.

Aus dem Bade in Northenfelde zurückgekehrt sind gestern die Kinder, welche Anfang vorigen Monats unter Begleitung mehrerer Schwärmer dorthin abgeordnet wurden. Die Kinder haben durchweg frisch und gesund aus und zeigten deutlich, daß ihnen diese fünfstündige Kur überaus gut getan hatte. Voll des Lobes waren die Kinder über die aufopfernde liebevolle Behandlung und Pflege, welche ihnen seitens der Schwärmer widerfuhr.

ch. Schornsteinbrände. Einen ersten Brand konnte man am vorgestrigen Abend an der Langenstraße, wo man mit dem Ausbrennen eines Schornsteins beschäftigt war, bemerken. Der sehr üble Geruch wurde nicht allein von Anwohnern, welche gezwungen waren, ihre Fenster und Türen

zu schließen, sehr unangenehm empfunden, sondern auch von Passanten. — Ein weiterer Brand entstand am gestrigen Morgen in der Heerstraße. Das Feuer konnte hier, ohne daß die Feuerwehr herbeigerufen werden brauchte, gelöscht werden.

□ Zwischenahn. 10. Sept. Auf eine bisher unaufgeklärte Art war ein Getreideschaber beim Hause des Wirts Lüttmann in Teepfurth in Brand geraten. Der Schaber hatte 8 Fuder Roggen im Werte von 800 Mk.; versichert war er bei der „Gegenfeitigkeit“. Es liegt ein Totalschaden vor, da das, was vom Feuer verschont blieb, naturgemäß durch das Löschen verdorben ist. Es gelang der rasch herbeigeeilten Spritzenmannschaft aus Zwischenahn, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und das nahe Wohnhaus des Lüttmann somit zu schützen. — Ihre Generalversammlung hielt die Volkerei Genossenschaft ab. Es wurde die Abrechnung für das Jahr 1901 vorgelegt, die mit einem erfreulichen Ergebnis schließt, es ist ein Reingewinn von 4000 Mk. vorhanden, wovon 3000 Mk. zum Hypothekendarlehen und 1000 Mk. zur Verstärkung der Betriebskräfte dienen. Die Sageri, die seither verachtet war, will man künftig in Selbstverwaltung nehmen. Die Milchverarbeitung ist im Jahre 1901 um rund 1 Million Kilo gestiegen. In den Vorhand wurden die jetzigen Mitglieder aufs neue gewählt: H. Wittjen, Querenfeld als Vorsitzender, G. Hoyer, Kistner als Stellvertreter, Geschäftsführer ist H. Teilmann. Auch der Aufsichtsrat bleibt in bisheriger Zusammensetzung bestehen: Gemeindevorsteher Feldbus, Vorsteher, J. Brumund, Ebern, G. Teegen, Chornage, J. D. Teegen, Kistner, D. zur Vorn, H. Garmbold, H. Rabben, Kistner, J. Hedemann, Delle. — Hier besteht eine Vereinigung junger Kaufleute, die jeden Donnerstag in Hotel Hotel eine Zusammenkunft abhält. Der Schriftführer betreibt zwischenahn am 1. Oktober, für denselben wurde Kaufm. Eagen gewählt.

□ Zwischenahn. 10. Sept. In den meisten Dörfen gärten, die heute den Rest des früher so blühenden Dörfenbaugewerks bilden, kann in etwa acht Tagen das Pflücken des frühesten Hopfens beginnen, während der spätere, und das ist der meiste, noch einige Wochen länger Zeit hat. Die Ernte fällt nach jeder Richtung hin gut aus. — Zur Sonigerte wird sich angenommen, daß durch die etwas günstigeren Umstände der letzten Wochen noch manches wieder eingeht. Aus der Warf brachten die Jmter seimezeit wohl Schwärme genug mit heim, aber dann waren durch die ungünstige Witterung zunächst alle Ausflüchte in Frage gestellt. — Der Fremdenverkehr in Zwischenahn war diesen Sommer trotz des zum Teil sehr schlechten Wetters sehr zufriedenstellend. Die Hotels und besonders das Kurhaus waren stets gut besetzt; das Kurhaus ist augenblicklich noch voll besetzt.

□ Giesfeld. 9. Sept. Die vorgestrige Monatsversammlung des hiesigen Kriegervereins war von 32 Mitgliedern besucht. Von der Aufnahmekommission wurden die Herren Bäckermeister Aug. Kötters, Seemann Joh. Dänies und Garmbold Bernh. Peiken, sämtlich zu Giesfeld, und Dienstknecht Dietrich Seegen zu Oberamtskämmerern als aktive Mitglieder aufgenommen. Nach Eröffnung der Versammlung gedachte der Vorsitzende, Kamerad Dr. Steensen, der Verdienste des kürzlich verstorbenen Herrn Schiffers Hinz. Gustave um die Kriegervereinsangelegenheit, der Verstorbenen war bekanntlich einer der Mitbegründer des hiesigen Kriegervereins und dessen langjähriger erster Vorsitzender. Die Versammlung ehrte das Andenken an den Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Sodann erstattete der Vorsitzende Bericht über den Delegiertenkongress in Bant und schloß die Mitteilung, daß beabsichtigt werde, eine Vereinigung der sämtlichen Kriegervereine des Amtes Giesfeld ins Leben zu rufen, die den Zweck haben soll, durch jährliche Zusammenkünfte an den einzelnen Orten die Kameradschaft zu hegen und zu pflegen. — Betreffs der Fahnenweihefeier teilte der Vorsitzende, Kamerad Dr. Steensen, mit, daß dieselbe in jeder Hinsicht schon verlaufen sei und trotz des ungünstigen Wetters mit einem kleinen Ueberflusse abgeschlossen habe. Der Vorsitzende stattierte dem Kameraden Müller und den Kameraden des Helfkommis für ihre Wühlmahlung bei dem Fahnenweihefest und dem Kameraden J. C. D. Lüben für die gestiftete Fahnenhänge den Dank des Vereins ab. Ferner wurde beschlossen, für die neue Vereinsfahne einen Schraut anzuschaffen, in welchem dieselbe hängend aufbewahrt werden soll. In betreff der Feier von Großbergers Geburts- und Stiftungsfest wurde beschlossen, diese zusammenzulegen und am 16. oder 23. November durch Aufführungen, Konzert und Ball zu begehen; auch soll der hiesige Männergesangsverein erachtet werden, bei dem Feste mitzuwirken. Das Weitere soll dem Vorstand überlassen bleiben. Der geschäftliche Teil war hiermit erledigt, und wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen. (G. A.)

□ Biele. 9. Sept. Am Sonntag hat der Turnverein sein 42. Stiftungsfest durch Schauturnen, Komers und Ball gefeiert. Das Schauturnen begann nachmittags 4 Uhr. Zunächst wurden Stabübungen durchgeführt, daran schloß sich ein Ringturnen, und den Schluß bildete das kühnste Schauturnen. Es wurde in vier Riegen geteilt, wovon der befreundete norddeutsche Turnverein eine Riege gestellt hatte. Mehrere Turner der freud-nachbarlichen Vereine von Sandfeld, Giesfeld und Berne beteiligten sich ebenfalls am Turnen. Wenn auch die Turnische im letzten Jahrgang sehr gelitten hat, in der Hauptsache durch das so ausgebreitete Sportwesen, so zeigte sich am Sonntag doch, daß das eigentliche Turnen dadurch nicht berührt wird, die turnerischen Leistungen waren so gut, wie nur je. Recht gute Leistungen wies auch die zum Schauturnen zugelassene Riege der Turnbühne auf. Die Einrichtung des Jünglingsturnens, die vor einem Jahr getroffen worden ist, trägt nämlich gute Früchte. Sehr zu bedauern ist es, daß der Besuch des Schauturnens durch Turnfremde nur spärlich war; die Damenwelt war allerdings verhältnismäßig zahlreich vertreten, aber Herren sah man nur vereinzelt. Die Ursache wird aber zweifellos weniger an mangelndem Interesse, als daran liegen, daß jeder das uns in diesem Sommer so sehr selten beisehenden gemessene herrliche Sonntagwetter zu Spaziergängen benutzte. Nach Beendigung des Turnens dankte Schriftwart Baalch den Geschiedenen für ihre Teilnahme, sowie den Turnern für ihre Leistungen. Er bat die Turner, immer treu zur ehren Turnerei zu halten. Der dem Schauturnen folgende Komers hielt die Turner noch eine schöne Stunde in frohlicher Vereinigung. Ansprachen, Gesang und Vorträge wechselten mit einander ab. Der des Abends in der „Vereinigung“ veranstaltete Ball ist sehr schön verlaufen. (Wbt.)

□ Jever. 10. Sept. Dem gestrigen Viehmarkt waren nach dem J. M. zugeführt 521 St. Hornvieh, 34 Schafe und Lämmer und ca. 340 Schweine. Auf dem Viehmarkt waren wieder viele auswärtige Händler erschienen und entwidete sich daselbst ein guter Handel. Dargestellte Rüge erhielten bis 450 Mk. Nach Lebendgewicht verkaufte Stiere

erbrachten je nach Qualität 26 bis 33 Mk. pro Zentner. Gute Suchtschulen stehen recht hoch im Preise. Nach auswärts wurden ca. 400 Stüd Hornvieh, namentlich hochtragende Kühe und Stiere, verhandelt. Der Handel am Viehmarkt war unbedeutend. Auf dem Schweinemarkt übertraf das Angebot die Nachfrage. Die Preise für Ferkel waren daher etwas niedriger als am letzten Markt. Gute 4 Wochen alte Ferkel erhielten 11 bis 12 Mk. — Getreide verhandelte Herr Karl Kegerhoff hier, 14 fette Räder nach Berlin, die meisten wogen zwischen 225 bis 345 Pfd., ein Ralw wog 478 Pfd., ein anderes 491 Pfd., für letztere beiden (Toppelender) wurde pro Pfd. Lebendgewicht 60 Pfg. bezahlt. — Nächster Vieh- und Füllmarkt am 16. September.

Aus benachbarten Gebieten.

□ Wilhelmshaven. 7. Sept. Bezüglich der Teilnahme an den Schlußmanövern der Flotte hat der Kaiser andere Dispositionen getroffen. Die Einschiffung des Kaisers an Bord der Yacht „Dohzenollern“ erfolgt nicht hier, sondern in Cuxhaven. — Das französische Marine-Attache in Berlin, de Lugny, ist hier zur Besichtigung der Werft- und Hafen-Anlagen eingetroffen.

Stimmen aus dem Publikum.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Gemeindevahlrecht.

In der vom Magistrat herausgegebenen Broschüre „Das Gemeindevahlrecht der Stadt Oldenburg“ wird S. 21 f. die Stellung der Nationalsozialen zum Gemeindevahlrecht in nicht ganz richtiger Weise gestreift. Der Herr Verfasser bezieht sich dort auf einen Artikel der nationalsozialen Wochenschrift „Die Zeit“ (Nr. 32, 22. Sept. 22).

Ich verweise dem gegenüber auf das offizielle Gemeindeprogramm der Nationalsozialen, wo es heißt: 2) Wir fordern demgemäß: Die Wahl der Gemeindevertretungen auf dem Wege des allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrechts unter Ausschluß aller an Stand und Besitz gebundenen Sonderrechte und Beschränkungen, mit der Berechtigung, das Proportionalstimmensystem anzuwenden. Entschädigung der Gemeindevorte. Die aktive wie die passive bürgerliche Wahlfähigkeit ist in einem mindestens einjährigen Aufenthalt am Orte geknüpft. Weder aus politischen noch aus religiösen Gründen darf die Befähigung verweigert werden; richtiger Entscheidung der demokratischen Vertretung z.

Weiter verweise ich darauf, daß der 2. Vorbehalt des nationalsozialen Vereins, Damaßch, in seinem Buche „Ausgaben der Gemeindevorte“ S. 3 schreibt: Wenn aus daran festgehalten werden muß, daß jedem einzelnen in der Gemeinde die Möglichkeit der Befähigung gegeben werden muß, so wäre es doch falsch, die Frage des Kommunalwahlrechts ohne weiteres nach dem Schema des Reichstagswahlrechts zu lösen. Die Reichsgelege . . . werden dem Wähler fähig, wo er auch ist, in Rmel oder Weg. . . . Wer aber die Gestaltung innerhalb einer Gemeinde mit beeinflussen will, der muß die Eigenart gerade dieser Gemeinde wirklich kennen, von dem muß angenommen werden, daß er auf längere Zeit sein Wohl und Wehe mit dem dieser Gemeinde verbindet.

— e —

Die Kaisermanöver 1902.

8. September.

Bereits am 4. September hat sich ein rotes Armeekorps, bestehend aus der 9. und 10. Division, sowie einer kombinierten 41. Division, zu der Truppenteile des 2. Armeekorps (Regt. 49 und 140) herangezogen sind, mit der Kavalleriedivision B. Führer Generalleutnant v. Hennigs, von Bosen auf Frankfurt a. O. in Marsch gesetzt; das Oberkommando führt der General der Infanterie v. von Stälpnagel; es sind im ganzen ungefähr 37 Bataillone, 45 Eskadrons und 38 Batterien vereinigt. Als Gegner hat ein b. a. u. s. Korps unter General der Infanterie v. Eignis heute von Frankfurt aus den Vormarsch angetreten, zusammengeführt aus der 5. und 6. Division, der 1. Garde-Infanteriedivision und der Kavalleriedivision A. unter Generalleutnant v. Winterfeld, im ganzen 42 Bataillone, 45 Eskadrons, 40 Batterien.

Stärken und Abstände sind gegenseitig nicht bekannt; wenn sich die Stärke auch friedensmäßig berechnen läßt, so bleibt es der Überleitung, in diesem Falle dem obersten Kriegsherrn, unbenommen, durch Formierung von Flangetruppen oder kriegsfähigen Verbänden die Friedensformationen zu verändern oder zu vermindern. Auch die Anmarschlinien sind in Dunkel gehüllt. Um den kriegsmäßigen Charakter der Übungen möglichst lange zu wahren, ist auch die im übrigen ohne Einschränkung zugelassene Presse zur Zurückhaltung im Verberiten der ihr vom großen Generalstab zugegangenen Nachrichten aufgefordert. Wir begnügen uns heute damit, Vermutungen über den voraussichtlichen Vormarsch, über die Marschziele und den voraussichtlichen ersten Zusammenstoß der vordersten Linien auszusprechen, ohne dafür irgendwelche autoritative Bedeutung zu beanspruchen.

Daß „Rot“ von Bosen, „Blau“ von Frankfurt aus den Vormarsch antreten würde, das lag auf der Hand, nachdem die Korps bei beiden Orten zur Parade versammelt gewesen waren; es fehlt beim 3. Armeekorps (Blau) allerdings der Sammelplatz der zugeordneten Garde-Infanteriedivision, doch, wo diese auch angestrich sein mag, sie wird ihre Marschrichtung immer auf die höchstwahrscheinliche Anmarschrichtung der „Roten“ zu nehmen. Nachnet man eine tägliche Marschleistung von 20 bis 25 Kilometern im Durchschnitt, so kann das rote Korps die Linie Hammer—Giesfeld—Sternberg usw. am 9. September erreichen; gleichzeitig kann auch das blaue Korps dort eintreffen, in der Nähe dieser Linie kann also aller Voraussicht nach der erste Zusammenstoß stattfinden.

Als Randverhältnisse überhaupt kann nur das Land zwischen Bante und Eder einerseits, die Linie Schemmerin a. S.—Zirchriegel—Benzingen andererseits in Betracht kommen. Ein Blick auf die Karte gibt zu interessanten Erwägungen Veranlassung; was besonders in die Augen springt, ist der große Reichtum an Seen und Wasserläufen, die den vorerwähnten Abschnitt vorwiegend in der Richtung von Nord nach Süd, also im rechten Winkel zur Marschrichtung der Korps durchschneiden und vielfach schwierig zu passierende Hindernisse bilden; namentlich die großen Kanaleremassen werden nicht leicht gangbares Feld zur Entwidlung finden. Es wird der Ausbierung der ganzen Jährgangsgeschichte

Zur Aufbewahrung in unserem Bankgewölbe und Verwaltung übernehmen wir:

Wertpapiere, Dokumente etc.

Die Verwaltung erstreckt sich u. a. auf die verantwortliche Lieberwachung von Ründigungen, Auslosungen der Wertpapiere, auf rechtzeitige Abtrennung der Coupons etc.

Besondrig zur Aufbewahrung übernehmen wir ferner:

Wertfachen, verpackt in Koffern, Kästen, Paketen etc.

Wir vermieten außerdem auf beliebige Zeit zur Aufbewahrung von Wertgegenständen **Schrankfächer**, die sich in unserer feuerfesten und einbruchssicheren

Stahlschrank

befinden und unter eigenem Verschluss des Mieters stehen. Die näheren Bedingungen werden auf Verlangen gern mitgeteilt.

Oldenburgische Spar- & Leih-Bank.

Bürger-Verein.

Donnerstag, den 11. Sept. d. J.,
abends 9 Uhr:

Mitglieder-Versammlung in der „Union“.

Zweck: Landtagswahl.
Der Vorstand.

Die Central-Gesellschaft oldenb. landwirtsch. Konsumvereine schreibt in ihrem Preis-Verzeichnis über

Itzehoer Muschelkalkmergel:

Die Anwendung dieses Mergels ist ganz besonders zu empfehlen, er enthält 95—98% kohlens. Kalk und ist ff. gemahlen, also leicht austretbar. Infolge seiner Feinheit kann er gleichmäßig auf dem Acker verteilt werden und vermischt er sich innig mit dem Boden; an vielen Stellen wird er als Ersatz für Kalk, der ja recht hoch im Preise ist, gut verwendet werden können, besonders für leichteren Boden, umso mehr, als das lästige Böschgen hier in Wegfall kommt.

Jever. Habben & Wiggers.

Lieferung in gedeckten Waggons direkt ab Fabrik nach allen Bahnstationen.

Berein ehemaliger 19. Dragoner.

Donnerstag, den 11. d. M.,
abends 8 1/2 Uhr:

Monatsversammlung

im Vereinslokal Tagesordnung:
Stiftungsfeiertag und Ausflug betr.
Der Vorstand.

Am Sonntag, den 14.,
Montag, den 15., u. Dienstag,
den 16. September d. J.:

Grosses

Preis-Kegeln,

wozu freundlichst einladet

Fritz Tietjen,
Restaurant zum Rosengarten.

Es kommen nur Geld-
preise zur Verteilung.

Diernb. Neuenwege.

Am Sonntag, den 14., und Mon-
tag, den 15. d. M.:

Großes

Enten-Vertegeln,
wozu freundlichst einladet

Emil Mohr.

Lanzunterricht

für Damen u. Herren
besserer Stände.

Meine Winterkurie beginnen am
Donnerstag, den 26. September,
im Saale der „Union“.

Ich werde am Sonntag, den 21.,
und Mittwoch, den 24. Septbr.,
nachm. von 7—9 Uhr, im kleinen
Garderober-Saal, oben, anwesend
sein, um Anmeldungen persönlich ent-
gegen zu nehmen.

Hochachtungsvoll

H. von der Hey,

Lehrer der Tanzkunst,

Mitglied der G. D. L., Berlin.

NB. Auf Wunsch der geehrten
Herrschaften bin ich stets bereit, so-
wohl in meinem Unterrichtstokale, als
auch in Familien für kleinere und
größere Jügel Unterricht zu erteilen.

D. O.

Wiefelstede.

Sonntag, den 14. d. Mts., nachm.

4 1/2 Uhr: Versammlung des
Landwirtschaftl. Vereins

in Teptens Gasthaus.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Central-Aus-
schußerversammlung in Barel.
2. Rückblick auf die letzte Bezirks-
tagung.
3. Ueber Gastpflichtversicherung.
4. Vortrag des Herrn Schulvor-
stehers Duntmann „Ueber
Schweinezucht“.
5. Verschiedenes.

Großhändler. Zu verkaufen sechs
Wochen alte Ferkel.
Herrn. Gullmann.

Wohnungen.

Oberwohnung, Stube, Kammer,
Küche mit Toirraum, zum 1. Novbr.
zu vermieten.

Bernhard Reefe, Marzschweg 3.
Evertsen.

Unmöbliertes Zimmer mit Kam-
mer zum 1. Oktober gesucht.

Offerten unter Z. 458 an die
Expd. d. Bl.

Zu vermieten eine Oberwohnung.
Westerstraße 9.

Eine angenehme Oberwohnung
an der Lambertistraße habe ich an
ruhige Bewohner zum 1. November
zu vermieten.

Bergstr. 5. Rud. Meyer,
Herrnstr. 586. Auktionator.

Zu verm. frol. mbl. Stube mit 2 K.
f. 1 od. 2 Jg. Herren. Sonnenstr. 26 ob.

Z. verm. frol. m. St. u. K. Baarenstr. 48a

Z. verm. mbl. St. u. K. Baarenstr. 29

Zu verm. auf sof. oder später eine
Oberwohnung. Näheres

Obernburg, Hermannstr. 8.

Gesucht zum 1. November
Wohnung (4 bis 5 Räume, Küche
mit Zubehör).

Offerten unter Z. 452 an die
Expd. d. Bl. erbeten.

Sol. j. Mann erh. a. Logis. Rosenstr. 12.

1 oder 2 Einjährige finden schön
möbl. Zimmer in Kammern nahe der
Inf.-Kasernen. Naderstr. 101.

Z. verm. mbl. St. u. K. Baarenstr. 11.

Gesucht von einem Lehrer zum
1. Oktober ein gut möbl. Wohn-
und Schlafzimmer.

Offerten unter Z. 458 an
H. Wittenberg, Hermannstr. 18.

Zu verm. Arbeiterw., 4 R., Küche,
Stall, Gart. Näh. Catharinenstr. 18.

Zu vermieten schöne Unterwohnung
im Neubau Auguststraße 1.

Näheres
Obernburg, Hermannstr. 14.

Ein zu 4 sep. Wohnungen einge-
richtetes Haus mit groß. Garten steht
preiswert unter der Hand zu ver-
kaufen. Näheres Bürgerstr. 282.

Gute Wohnung für 2 J. Leute mit
ob. ohne Pension. Wittenstr. 15.

Umständehalber zu vermieten zum
1. November eine billige, geräumige
Oberwohnung mit Gartenland.
Sonnenstraße 25.

Zu verm. per sof. od. 1. Okt. gut
möbl. Stube u. K. Hermannstr. 28, ob.

Zu verm. e. frol. Unterw. Bergstr. 16.

Bafanen und Stellen-
gesuche.

Zuverlässig, kräftig u. sol. Knecht
sucht zum 1. Novbr. Stellung, am
liebsten als Fahrknecht oder in einer
etw. größeren Landwirtschaft. Off. unt.
Z. 456 bis zum 14. d. Mts. an die
Expd. d. Bl. erbeten.

Für die Verwaltung meiner Re-
staurations

Hoyers Weinkeller in Oldenburg

suche ich zu Novbr. einen intelligenten
jungen Wirt, welcher befähigt ist, den
guten Ruf des Kellers in jeder Be-
ziehung zu erhalten. Bewerber, die
nachweislich einer Küche allerersten
Ranges vorstehen können, wollen sich
baldmöglichst melden. Auskunft er-
teilt auf der jetzigen Wirt Herr G.
Grimsch, welcher 19 Jahre das
Geschäft mit gutem Erfolge leitete.

Wein-Großhandlung

Ernst Hoyer,
Oldenburg i. Gr.

Gesucht.

Ein affabiles Haus- u. Küchen-
mädchen bei gutem Lohn pr. 1. Nov.
Frau Georg Cellerich,
Bremervorstadt.

Gesucht.

Zum 1. Oktober oder später ein
Zehrling mit guten Schulkenntnissen
unter günstigen Bedingungen. Pension
im Hause.

Georg Cellerich,
Garten- und Weinhandlung,
Bremervorstadt.

Stundenmädchen gesucht.
Wallstraße 5, oben.

Nebenverdienst.

Personen mit ord. Handschrift erh.
gegen Einzahlung von 1.20 Mk. (od.
per Nachnahme) Anleitung u. Muster,
um mit dieselben sich durch Schreib-
arbeit einen großen Nebenverdienst
verschaffen können.

Willy. Plentze, Braunschweig,
Madamenweg 136.

Gesucht für Mitte Oktober oder
1. November eine

Küchin,

die auch Hausarbeit übernehmen muß,
für einen jungen Offiziershaushalt
nach Wilhelmshaven.

Frau Müller-Welcher,
Bremen, Bartstr. 68.

Jungfer Mann sucht zum 1. Nov.
Stelle in der Landwirtschaft gegen
Salär.

Off. u. S. 594 an H. Wittenberg
Annon.-Expd.

Brake. G e s u c h t ein junger
Barbieregehilfe. J. Rothhoff.

Frau Kruse,

Johannisstr. 6.

Suche zum 1. Novbr. einen fixen
Großknecht, Lohn 450—460 Mk., sowie
auf sofort ein Arbeiter nach dem
Lande.

Suche für Wilhelmshaven ein fixes
junges Mädchen für Café als Bistef-
fräulein.

Für ein j. Mädchen v. 16 1/2 J.,
welches sich diesen Winter zu ihrer
wissenschaftl. u. Ausbildung in Olden-
burg aufhalten soll, wird in seinem
Hause eine Pension gesucht. Offerten
Z. 457 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Wolfgang. Gesucht auf No-
vember ein einfaches

junges Mädchen

für Laden und Haushalt geg. Salär
und Familienanschluss.

Karl Schaffen.

Nakede. Ein j. Mädchen sucht
zur selbst. Führung eines Haus-
halts, am liebsten auf dem Lande,
zum 1. Novbr. er. Stellung.

Näheres durch

J. Zegen, Aut.

Edewecht.

Gesucht auf sofort 5 tüchtige

Maurergezellen.

Muchow.

Gei. Stundenfrau f. Sonnabend
vorm. Rath, Schüttingstr. 7.

Gesucht für 1. od. 15. Okt. St. a.
Gesellsch. od. Leiterin des Hausz. z.
einz. Dame. Gei. Offerten unter
Z. 5. 100 postl. Weimar i. Th.

Gesucht zum 1. Oktober 2 J. Leute
von 16—20 Jahren für die neue
Infanterie-Kantine.

Zu melden Karlstraße 1.

Ein braves, tüchtiges Hausmädchen
mit guten Zeugnissen für sofort oder
später nach Köln gef. Hoher Lohn. Zu
erfr. Obernburg, Hermannstr. 2, ob.

1—2 geistig zurückgebliebene
Knaben bzw. Erwachsene finden
liebvolle Aufnahme bei faa. angeh.

2 J. oder in schöner Gegend Mittel-
deutschlands. Off. u. Z. 440 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes.

Für meinen Bruder, 20 Jahre alt,
der bei mir die Wartung des Kessels
und der Maschinen erlernte, suche
zum 1. November oder etwas später
Stellung als Feizer, gleichviel in
welcher Branche.

Offerten mit Gehaltsangabe erbittet

Jürgens. Mollerei-Verwalter,
Wiefelstede (Oldenb.).

Zum 1. Nov. ein fleißiges Mädchen
gesucht. Ulmenstraße 19, oben.

Gesucht auf sofort für H. Familie
eine kleine Wohnung,
möglichst mit etwas Land.

Schmied, Markt 12.

Frauen und Mädchen

finden dauernde Beschäfti-
gung bei gutem Lohn.

J. Bruns,

Konjervenfabrik.

Gesucht ein junger Mann

für Kolonialwaren, fixer Verkäufer,
gute Handschrift.

Jeder. J. C. Reich.

Junges Mädchen

sucht zum 1. Oktober er. Stellung als
Verkaufserin, am liebsten in einem
Büchergeschäft.

Gei. Offerten an Vertha Winter,
Telmerhorst, Barenstr. 96.

Ich suche auf sofort eine gute
Hausgärtnerin wegen Sterbefalls
meiner Frau.

Kornbrennermeister D. Müller,
Verhöfde bei Verthe.

Kurwisch. 20. Baarenhorstplatz,
Dienstags und Freitags.

a) Stellenvermittlung f. Hausbeam-
tinnen von 2—4 Uhr.

b) Arbeitsnachweis für Frauen und
Mädchen von 4—6 Uhr.

Unentgeltl. Stellennachw. f. Dienst-
mädchen, Köchinnen, Kinderfrauen,
Bäckerinnen, Aufwärterinnen u. and.

— Aufträge, auch für Weisnaden u.
Striden, sehr erwünscht. Verkauf von
Büchergeschäften, Schürzen und
Strümpfen zu jeder Tageszeit.

Suche zum 1. Novbr. d. J. ein
ordentliches, sauberes

Mädchen

für Küche und Haus bei gutem Lohn.

Frau Obermedizinalrat Dr. Hemkes,
Wehnen bei Bloh.

Auf sofort ein jung. Mädchen für
Hausarbeit und bei einem Kinde, am
liebsten von auswärt.

Frau Paul Birkmann,
Bremen, Sandwegstr. 160.

Gesucht z. 1. November od. früher

ein jüngeres Mädchen

bei Kindern.

Seitengassestraße 10.

Varel a. d. Jade. Auf baldigen
Antritt ein ordentlicher

Müllergefelle.

Georg Schmidtschulzen.

Kochlehrling

gesucht. Zu erfragen

Restaurant „Kaiserhalle“,
Wilhelmshaven. Roonstr. Nr. 77.

Stellung

erhalten jg. Leute nach 2monatlicher
gründlicher Ausbildung in meiner An-
stalt als landw. Buchhalter, Amts-
sekretär, Beamter. Honorar mäßig
bisher 660 Mark verlangt.

Kube,

vorm. Amtsvorsteher, Landwirt,
Galle a. E.

Kinderfrauen.

Möglichst auf sofort wird ein er-
fahrenes Kinderfräulein verlangt.

Frau Direktor Köhler, Ofenerstr. 19

Eine geübte Weisnählerin und
Stricken sucht Beschäftigung in und
außer dem Hause. Lindenstr. 54.

Blaserfeld. Auf sofort ein Ge-
felle für meine Weis- u. Schwarzbrat-
bäckerei. Gerh. Weber, Baderstr.

Zum 1. November ein zuverlässiges
Mädchen gesucht.

E. Ros, Langestraße 61.

Thale am Harz.

Für Tochter gebildeter Stände gründl.
wissenschaftliche, wissenschaftl. u. gesell.
Ausbildung. Sprachen d. Auslän-
derarbeiten, Hauswirtschaft, Musik,
Liebeserfahrungen. Gute Pflege u. liebe-
volle, mütterliche Fürsorge. Schöne,
gesunde Gegend. Auch für Erholungs-
bedürftige geeignet. Pen. mit wissenschaftl.
Unterricht 700, ohne 600 Mk. Prosp.

Frau Professor Lohmann.

Zu 2 J. Mädch. f. noch 2 Pensionar-
innen liebeb. Aufm. Eltern d. Hausz.,
Garten u. g. f. form. Preis u. Wohnort.
Frau Sophie Heermann, Bloh a. Wei.

Bad Sachsa (Harz).

Töchterpensionat,
wirtsch., wissenschaftl., geistl. Ausb.
Pastor em. Schleich u. Frau.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Dr. A. Hey, für den lokalen Teil: H. v. Busch, für den Inseratenteil: P. Radomsky, Notationsdruck und Verlag: S. Schatz, Oldenburg.

2. Beilage

in Nr. 212 der „Nachrichten für Stadt und Land“ vom Mittwoch, den 10. September 1902.

Die Marschwirtschaft links und rechts der Unterweser.

Von Dr. Tienlen.
(Fortsetzung.)

Betreffs der Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebe und des landwirtschaftlich benutzten Bodens ist zu bemerken, daß dieselbe in ihren Grundzügen hüben wie drüben so ziemlich das gleiche Gepräge aufweist. Vor allem fällt einerseits die relativ große Zahl der kleinen und kleinsten Betriebe auf, andererseits das starke Uebergewicht der größeren Betriebe bezüglich der zu ihnen gehörenden Fläche. Vergleichen wir z. B. die diesbezüglichen Verhältnisse eines Marschamtes links der Weser mit denen eines Marschkreises rechts der Weser, so ergibt sich betreffs der Zahl der Betriebe folgendes:

links der Weser 3125 Betrieben	Es entfallen auf die Größenklassen:	rechts der Weser 5539 Betrieben
1687 Betr. (54,00%)	unter 1 ha	2397 Betr. (43,27%)
714 „ (22,85%)	von 1—5 ha	1499 „ (27,06%)
182 „ (5,82%)	von 5—10 ha	534 „ (9,64%)
117 „ (3,74%)	von 10—20 ha	450 „ (8,07%)
809 „ (25,58%)	von 20—50 ha	259 „ (4,68%)
116 „ (3,71%)	50 und mehr ha	370 „ (6,68%)

Aber auch hinsichtlich der Verteilung des Grund und Bodens besteht zwischen den Märchen links und rechts der Weser eine große Ähnlichkeit, wie die nachstehenden Zahlen, welche die in Frage stehenden Verhältnisse zweier anderer Marschgebiete angeben, zeigen.

links der Weser von 17850 ha	Danach entfallen auf die Größen- klassen:	rechts der Weser von 28092 ha
179 ha (1,00%)	unter 1 ha	807 ha (1,33%)
1819 ha (10,19%)	von 1—5 ha	2245 ha (9,72%)
1707 ha (9,57%)	von 5—10 ha	1880 ha (8,15%)
2948 ha (16,51%)	von 10—20 ha	3723 ha (16,12%)
8214 ha (46,02%)	von 20—50 ha	6723 ha (29,11%)
2983 ha (16,71%)	50 und mehr ha	8214 ha (35,57%)

Betreffs der wirtschaftlichen Bedingungen dieser Betriebe- und Bodenverteilung ist zu bemerken, daß das zahlenmäßige Uebergewicht der kleinen und kleinsten gegenüber den größeren Wirtschaften sich durch das Zusammenreffen verschiedener Umstände erklärt. In erster Linie schließen die hohen Bodenpreise, welche in der Marsch bestehen, schon an sich die unteren Klassen hier von jedem nennenswerten Bodenerwerb aus. Und sie würden dies auch dann thun, wenn die betreffenden Bevölkerungszahlen nicht in dem Maße, in welchem es leider so vielfach der Fall ist, von dem guten Verdienste, den sie unter den heutigen Verhältnissen als Diensthöfen und auch als Tagelöhner haben, Ersparnisse anzusammeln vermögen. In zweiter Linie ist die Schwierigkeit des Bodenerwerbs nicht der einzige Hinderungsgrund für das allmähliche Aufsteigen der Wirtschaften. Auch die eigentümlichen Wirtschaftsverhältnisse der Marsch spielen hierbei eine große Rolle, indem sie, wie schon hervorgehoben, quantitativ wie qualitativ außerordentliche Anforderungen bezüglich der tierischen und menschlichen Arbeitskräfte stellen machen, daß ihnen zweckmäßig nur bei einer gewissen Größe des Betriebes entsprochen werden kann. Und an dieser Tatsache ändert auch der Umstand so gut wie nichts, daß, wie es z. B. in den an Moor- und Geestdistrikte grenzenden Märchen unter dem Einflusse der jüngsten landwirtschaftlichen Produktions- und Absatzkonjunkturen vielfach geschieht, der Ackerbau, welcher so wie so ja nur von untergeordneter Bedeutung ist, in

steigendem Maße aus der Marsch in das Moor oder auf die Geest verlegt wird, falls sich solches in Rücksicht auf andere Umstände, z. B. die Entfernungen, als möglich erweist. Gewiß sind die landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen des Moor- und Geestbodens für die kleineren Wirtschaften als im allgemeinen relativ günstig zu bezeichnen, aber den kleineren Wirtschaften der Marsch ist nur selten damit gedient, weil ihre Inhaber auch für die Ausbeutung dieser günstigeren Situation nicht kapitalkräftig genug sind. Denn die von der Marsch aus betriebene Moor- und Geestwirtschaft kann sich bei den oft recht langen Wegen nur dann einträglich gestalten, wenn die Wirtschaftsfähigkeit so groß ist, daß sie einem eigenen Pferdegepäck genügt zu thun giebt, da die Benutzung von Ochsen- oder gar Kuhgepäck bei der weiten Entfernung ausgeschlossen ist. Und selbst wenn ein Teil des bewirtschafteten Moor- und Geestlandes nur hierfür gepachtet würde und ebenso in der Marsch die nötigen Weiden für Pferde und Vieh, so festen doch schon die Pachtkosten, die Ausgaben für das Gepeck, für die Wagen, Ackergeräte u. a. m. ein Kapital voraus, das wir bei den unteren Klassen jedenfalls meistens vergeblich suchen würden, ganz abgesehen davon, daß in den meisten Fällen die Häuser für eine solche Vergrößerung der Wirtschaft nicht eingerichtet sind und ein zweckentsprechender Umbau derselben schon für sich allein die Kapitalkraft der Besitzer übersteigen würde. Ehenso wenig können die unteren Klassen eine Vergrößerung ihrer Wirtschaft in der Weise antreiben, daß sie eine Fläche Moor- und Geestlandes erwerben und sie durch ein Mietgepäck bestellen lassen. Es wäre so zwar die Möglichkeit vorhanden, die Größe der Anbaufläche der Kapitalkraft gemäß einzurichten zu können, aber ein nennenswerter Gewinn würde aus solcher Vergrößerung doch schwerlich erwachsen, weil einmal das gemietete Gepeck bei oft nur mangelhafter Arbeit zu beträchtlichen Kosten verurlassen würde und ferner die langen Wege, besonders wenn sie zu Fuß zurückgelegt werden müßten, einen zu großen Teil der Arbeitszeit und Arbeitskraft nutzlos absorbieren würden. Nicht man außerdem das mit dem eigenen Wirtschaft verbundenen Risiko in Betracht, so ist es begreiflich, daß die unteren Schichten der Marschbevölkerung an eine nennenswerte Vergrößerung ihrer Wirtschaften und damit auch an ein schließliches Aufsteigen in die Klasse der selbstständigen Grundbesitzer, falls ihnen nicht besondere Glücksfälle hierbei zu Hilfe kommen, nur selten denken können. Sie müssen sich bescheiden, ein eigenes Häuschen mit einem Stück Gartenland dabei und außerdem, wo sich die Gelegenheit dazu bietet, vielleicht noch eine Parzelle auf dem Auenlande oder ein Stückchen Moor- oder Geestland zu erwerben. Die letztere wird dann für die Gewinnung des nötigen Heues für die Kuh, das letztere für die Eigenproduktion der erforderlichen Kartoffeln benutzt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Entscheidung nimmt einen desto größeren Umfang, ein desto schnellerer Tempo an, je mehr Sorgfalt auf die Feld- und Viehhaltung verwendet wird und je nachhaltiger die gegenwärtige Konstellation der agrarischen Produktions- und Absatzverhältnisse den Einfluß äußert. Besonders kommen hierbei die Bewegungen der Getreidepreise in Betracht: je niedriger diese sind, desto mehr müssen die Geest und das Moor als die natürlichen Standorte der Getreideproduktion zur Geltung gelangen.

Die Gründe hierfür ergeben sich einerseits aus der größeren Billigkeit dieser Böden, die die Summe des Bodenertrages erhöht und sie bei der Berechnung der Produktionskosten weniger schwer ins Gewicht fallen läßt, andererseits aus der größeren Leichtigkeit und Leichtigkeit dieser Böden, die sie für die Verarbeitung und Befestigung eines gegenüber den diesbezüglichen Anforderungen des Marschbodens verhältnismäßig geringen Zeit, Arbeits- und Kraftaufwand beanspruchen läßt.

Der Herr. Er schaute dem Vater längere Zeit zu, schließlich redete und streckte und räusperte er sich, und auf einen fragenden Blick Bödins riefte er heraus: „Gefährten Sie mir eine Bemerkung, Herr Bödin? Nehmen Sie mir's nicht übel, aber was meinen Sie zu den Jellen, die Sie da malen? Was ist denn das eigentlich für eine Gefährten-art? Solche Jellen giebt's ja gar nicht!“ — „Das macht ja auch nichts!“ antwortete Bödin. — „Der Andere aber fuhr in „Interesse der Sache“ fort: „Ich glaube, unser Geologe Prof. Heim würde diese Jellen ganz gewiß nicht bestimmen können. Sie haben keine geologische Struktur, es sind ja gar keine Jellen, und es könnte ganz gut etwas anderes sein.“ — „So“, brummte Bödin, „etwas anderes — zum Beispiel Käse!“ und er schaute seinen Besucher so eigentümlich über seine Gläser hinweg an, daß diesem unbehaglich zu Mute ward und er schließlich Abschied nahm.

Dramatiker und ihre Einnahmen. Im letzten Jahre hatten in Frankreich von den noch lebenden Dichtern sieben ein Einkommen von über 100 000 Fr., acht hatten 50—100 000 Franks, 27 erhielten 20—50 000 Franks u. w. Viktor Hugo wußte nicht nur seine Romane und Gedichte, sondern auch seine Dramen sehr gut zu verwerten. Er fing mittellos an und hinterließ ein Vermögen von fünf Millionen. Alexander Dumas Vater verdiente Millionen mit seinen Romanen und Dramen, war aber ewig in Geldverlegenheit. Die Werte des Vaters brachten noch dem Sohne hohe Zinseinkünfte: so brachte ihm z. B. die Wiederaufnahme von „Henri III. et sa cour“ 80 000 Franks. Auch mit seinen eigenen Werken erzielte Dumas Sohn ungeheure Einnahmen. Für die ersten 100 Aufführungen der „Cameliere“ erhielt er zwar nur 20 000 Fr., aber später wurden die Zinseinkünfte immer bedeutender. Georges Ohnet soll schon 1885 mit der Bearbeitung seines „Hütteneifers“ eine halbe Million erzielt haben. Dagegen verkaufte Octave Feuillet's Werke das Eigentumsrecht an den Dramen ihres Mannes für nur 30 000 Fr. Gerabek phänomenal waren die Erfolge Reibach's. Es kam vor, daß an einem Tage Stücke von ihm gleichzeitig an 14 pariser Theatern gegeben wurden. In einem Jahre erzielte er mit Galop 800 000 Fr.

Die Kalandsbrüder in der Stadt Oldenburg.

O. Oldenburg, 10. September.

Der Kaland war eine im 13. Jahrhundert zuerst erwählte, allmonatlich sich versammelnde Bruderschaft, die „Kalandsbrüder“ oder „Kalandsherren“ genannt. Der Ursprung dieses Namens wird unzweifelhaft von dem lateinischen „calendae“ hergeleitet, dem ersten Tage jeden Monats, an dem sie sich zu versammeln pflegten. Der Zweck dieser Gesellschaft war, Gutes zu stiften und die Frömmigkeit zu heben. In den Versammlungen bestimmten die Kalandsbrüder u. a., was monatlich für Geste und Jahresgedächtnisse begeben, was für Armen verteilt und was für Feste abgehalten werden sollten. Daß bei diesen Zusammenkünften auch das Essen nicht vergessen wurde, ist selbstverständlich. Für die Vorrechte (Privilegien) wurden 5 Gerichte und bei jedem ein Curiatier Wein aufgelegt; die Kalandsbrüder bekamen nur 3 Gerichte. Gäste durften nicht mitgebracht werden. Später aber rissen Unordnungen bei den Versammlungen ein, und von den großen Schmausereien war das Sprichwort entstanden: „Sie haben einen großen Kaland“ (kalandieren gleich schwelgen, schmausen). Nach Einführung der Reformation verschwanden diese Gesellschaften fast gänzlich.

Die hiesige Bruderschaft unterschied sich von den in anderen Städten dadurch, daß sie keinen eigentlichen geistlichen Orden ausmachte, sondern sich aus geistlichen, weltlichen Personen und dem weiblichen Geschlecht zusammensetzte. Sie hatte ihre Dechanten, Ratgeber, Kämmerer, Provostoren. Die erste urkundliche Nachricht, welche über die hiesigen Kalandsbrüder haben, stammt aus dem Jahre 1367, doch ist wohl anzunehmen, daß die Bruderschaft hier auch schon früher bestanden hat. Wie aus den uns erhaltenen Ueberlieferungen hervorgeht, muß die Bruderschaft sehr wohlhabend gewesen sein, denn dieselben reden nur von Schenkungen und Verleihen von Renten seitens der Grafen von Oldenburg und sonstiger Personen an die Gesellschaft. So schenkte Graf Christian von Oldenburg im Jahre 1367 (in dieser Urkunde werden die Kalandsbrüder hier zuerst erwähnt) mit Zustimmung seines Bruders Wilhelm „unsern neuen Kalant-Brüder des Oldenburg“ eine Rente von zwei Mark aus seinem auf dem Chorn belegenem Hause „Scolne“. Zur selben Zeit schenkte Graf Conrad denselben ebenfalls eine Rente von zwei Mark aus seinem Hause „u. v. d. der Schelste“ in der Bauerschaft Ohmstedt zu Junfer Christian, Graf von Oldenburg, dagegen nahm die Kalandsbrüder 1376 „unser Hehl, Trost und Seilheit unter Okeren Seel, unser Brodere und unser Süker Seel, unser und unser Erben“ in seinen Schutz und verpfändete ihnen den ruhigen Genuß aller von Papst und Kaiser den Geistlichen verliehenen Vorrechte und Privilegien. Am 15. November 1379 verkaufte Wulder's, gen. von Croghe seine Einkünfte aus dem ehemals Hinrich Hülling zu Grifede gehörenden Hause und Gute an die Kalandsbrüder; 1388 „21. Januar, überließen der Knappe Otto von Rasteb und seine Ehefrau Jrmgard denselben für 10 rheinische Gulden eine Rente von einem rheinischen Gulden oder sechs bremer Schillinge aus ihrem Hause zu Rastorp, welches Eler Budde bewohnte; desgleichen verkaufte am 2. Oktober 1436 die Braue in Oldenburg den Vorständen und den Brüdern und Schwestern des Kalandes eine Rente von einem Arnoldsulden in fünf Moorstücken und einem Roghgarten. 1484 waren die Herren Albert Schepel und Gerd Hilmer's, Schepeleren und Vorherren des Kalandes binnen Oldenburg. 1508 wird neben Albert Schepel der Bürgermeister Gerd Gieseler als „Vorherren“ genannt. In der Urkunde vom 17. Januar 1528, in welcher Johann Busse mit Wissen

Aus Kunst und Wissenschaft.

Ein neues Werk Dürers soll entdeckt worden sein. Im königlichen Kreisarchiv Nürnberg wurde dem „Frank. Kur.“ zufolge eine archaische Notiz aufgefunden, wonach der in der zweiten Kapelle des des Hochaltars zu Schwabach im Grund umgebenen Kapellenzuges befindliche Flügelaltar mit Darstellungen aus der Legende des heiligen Sebald von seinem Geringeren als Dürer herührt, wenn auch vielleicht nicht eigenhändig. Der Entdecker der Notiz, Kreisarchivsekretär Gumbel, wird seine archaischen Belege alsbald veröffentlichen. Die entscheidende Stelle lautet: „Dem Albrecht Dürer zur sein müß und verfaßte sein feiner knecht zu lieb geben 7 Gulden 5 Pfund 12 Pfg.“ — Die Prüfung und Begutachtung des Fundes übernahm der Direktor des Germanischen Museums in Nürnberg, Dr. v. Besold. Dieser kommt jedoch, wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, zu dem Urteil, es handle sich nicht um ein eigenhändiges Werk Albrecht Dürers, sondern um das einer seiner Gezellen. Er vertritt in der Komposition die planmäßige Anordnung der Figuren, wie sie Albrecht Dürer eigen sei, und findet in der Ausführung Mängelheiten und Verzeichnungen, Beweise, wie sorglos der Meister die Arbeiten seiner „Knechte“ habe in die Welt gehen lassen.

Neues von Bödin. Bödin hat nie ein Bild kopiert, obwohl er wiederholt darum angegangen worden ist. Er konnte das nicht und zog vor, es neu zu schaffen in veränderter Form oder neuer farbiger Färbung. Als in Florenz die Quellenmünze fertig stand und einen Käufer gefunden hatte, erschien ein Engländer, der parat daselbst Bild haben wollte. „Es muß genau so sein, wie dieses“, verlangte er. Bödin hat's nicht gemalt. Von seiner „Billa am Meer“ ist eine andere als die andere. Ebenso verhält sich mit der „Toteninsel“, die sich faszinierend fast aus einem Jährl allmählich zu ersten, monumentalen Größe entwickelte. Immer faszinierter konzentrierte sich das Bild in des Meisters Kopf. Unablässig dachte er über das Problem nach. Als Bödin an der zürcher „Toteninsel“ malte, besuchte ihn eines Tages auch ein bekannter, für Kunst sich interessieren-

an Zantliem. Da er aber sehr großmütig und freigebig war, hinterließ er ein verhältnismäßig unbedeutendes Vermögen. Von den neueren Dichtern ist der glücklichste Edmond Rostand, dessen „L'Aiglon“ am Sarah Bernhardt-Theater in vielen hundert Aufführungen durchschnittlich 11 000 Fr. pro Tag brachte, wovon der Dichter immer 1300 Fr. erhielt. „Cyrano de Bergerac“ war fast ebenso erfolgreich. Von der Buchausgabe des „Cyrano“ wurden über 220 000 Exemplare, von der des „L'Aiglon“ über 100 000 verkauft.

Mitteilungen über Ergebnisse der Krebsforschung veröffentlicht die „Deutsche medizinische Wochenschrift“. Es handelt sich um Versuche, die auf der Klinik des Geheimrats v. Leiden an mit Krebs befallenen Hunden angestellt worden sind. Die Krebsgeschwulst wurde ausgeschnitten, zerleinert und verflüssigt und mit derselben Kaninchen geimpft. Das von letztern gewonnene Serum wurde dann zur Behandlung eines an Krebs erkrankten Hundes benutzt, worauf nach einiger Zeit Rückbildung der Krebsgeschwulst bis zum Verschwinden eintrat. Nach solchen und ähnlichen Erfolgen wurden Versuche an krebserkrankten Menschen, die unoperierbar waren, mit deren Einwilligung angestellt. Das Krebsserum war in deren Fällen durch Kratzen und Auspressen operierter menschlicher Geschwulst gewonnen worden. Die Eingriffe wurden gut vertragen und zeigten niemals schädliche Nachwirkungen, wohl aber günstige Einwirkungen in Rücksicht auf Verlangsamung der Krankheitsherde und Verlangsamung des Fortschritts der Krankheit. Der tödliche Ausgang konnte allerdings durch die Behandlung mit dem Serum auch nicht hinausgeschoben werden, aber die Ergebnisse zeigen, daß der eröffnete Weg ein rationeller ist.

Die unterirdische Photographie bietet große Schwierigkeiten, weil das Tageslicht nur bis zu geringer Tiefe in das Meerwasser eindringt. Bei gewöhnlichem Licht sind Aufnahmen in einer Tiefe von 7—8 Metern unter dem Wasserpiegel bereits unmöglich. Durch einen Apparat, der im „Englisch Mechanic“ kurz beschrieben wird, scheint man jedoch dieser Ungunst der Verhältnisse Herr geworden zu sein. Er besteht in einer Handkamera, die

